

US-Bischöfe spenden drei Ambulanzfahrzeuge für Kenia

Nairobi/Kenia, 31.10.2011/APD Die römisch-katholische Amerikanische Bischofskonferenz habe über ihr Hilfswerk, die Katholische Nothilfe (CRS), drei voll ausgerüstete 4x4-Ambulanzfahrzeuge im Wert von 213.000 Euro kirchlich geführten Krankenhäusern in Kenia übergeben, wie der Katholische Informationsdienst für Afrika (CSIA) berichtete. Neben zwei katholischen Hospitälern habe das adventistische Missionsspital in Kendu, Süd Nyanza, an der nordöstlichen Küste des Victoriasees, das dritte Fahrzeug erhalten.

„Früher kostete es diese Krankenhäuser aufgrund des unwegsamen Geländes und riesiger Distanzen große Mühe, ihre Patienten zu erreichen“, sagte Dr. Daniel Kabana von der Katholischen Nothilfe (CRS) während der Übergabezeremonie der Ambulanzen.

„Heute verstehen und anerkennen wir die Rolle der religiösen Gesundheitsdienste bei der Bereitstellung einer qualitativ hochwertigen Pflege und Behandlung unserer HIV-infizierten Brüder und Schwestern in fünf Provinzen des Landes durch das AIDS Hilfsprogramm“, hob Pfarrer Philip Sulumet, Vizepräsident der katholischen Kenianischen Bischofskonferenz, hervor. Laut CSIA erhielten mehr als 53.000 HIV-Patienten Therapien, und weitere 70.000 würden betreut und unterstützt. „Die Kirche ist stolz auf das in den letzten acht Jahren Erreichte“, so Sulumet. „Die Erbringung dieser Leistungen ist ein echter Beweis für unseren Heilungsauftrag im Dienste Christi.“

Von den 39 Millionen Einwohnern Kenias sind 66 Prozent Christen (38 Prozent evangelisch, 28 Prozent katholisch), 26 Prozent gehören einheimischen Religionen an, und sieben Prozent bekennen sich zum Islam. In Kenia leben 657.500 erwachsen getaufte Mitglieder der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten. Sie feiern in 4.190 Kirchengemeinden und

3.960 Gruppen Gottesdienst. Außer dem Spital in Kendu unterhalten die Adventisten in Kenia ein weiteres Krankenhaus und eine Klinik, sowie ein Gymnasium und einen Verlag.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

ADRA Deutschland legt Geschäftsbericht 2010 vor

Weiterstadt bei Darmstadt, 30.11.2011/APD Laut ihrem Geschäftsbericht 2010 führte die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland im letzten Jahr 38 Projekte in 18 Ländern durch. Für seine Arbeit gab das Hilfswerk 2010 insgesamt 8,27 Millionen Euro aus, die unter anderem von privaten Spendern, der Europäischen Union (EU), dem Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Union (ECHO), dem Auswärtigen Amt der Bundesregierung (AA), dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der „Aktion Deutschland Hilft“ (ADH) stammten.

Bei den Projekten ging es beispielsweise um Gesundheitsaufklärung in Laos, sauberes Trinkwasser für Menschen in Haiti sowie die Unterbringung von 1.200 obdachlosen Familien in neue kleine Häuser nach dem Beben, Unterstützung der Mädchenschule in Kajaido/Kenia als Zufluchtsort vor Zwangsheirat und Genitalbeschneidung oder den Bau von 71 Grundschulen und 24 Erwachsenenbildungszentren in Somalia. Durch die Aktion „Kinder helfen Kindern“ erhielten auch im letzten Jahr wieder bedürftige Heim- und Waisenkinder

in Ost- und Südosteuropa knapp 40.000 Weihnachtspakete. 2010 entsandte ADRA Deutschland im Rahmen des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ des BMZ wieder Jugendliche zu Auslandseinsätzen. Außerdem wirkten 15 weitere Freiwillige in Mexiko, der Republik Moldau, Costa Rica, Kenia und Tansania. Der Geschäftsbericht 2010 von ADRA Deutschland kann im Internet unter www.adra.de/de/geschaeftsberichte.html heruntergeladen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Calvinismus in seiner Vielfalt"

Reiner Zimmermann, „Calvinismus in seiner Vielfalt. Die Bedeutung des Reformators für die evangelische Christenheit“, Neukirchener Verlagsgesellschaft, Neukirchen-Vluyn, 2011, kartoniert, 144 Seiten, 26,90 Euro, ISBN 978-3-7887-2490-0.

Ostfildern, 29.10.2011/APD Johannes Calvins Geburtstag jährte sich 2009 zum 500. Mal. Der größere Teil des evangelischen Christentums hat seine Wurzeln mehr im Calvinismus als im Luthertum. Calvin selbst war in Luthers Theologie gegründet. Er gehört deshalb zu den großen Reformatoren des 16. Jahrhunderts. Seine Theologie und Bibelauslegung wurden wegweisend für die reformierten Kirchen und einen großen Teil der Freikirchen, die aus ihnen hervorgingen. So finden wir sein Erbe außer der Schweiz auch in Frankreich, Deutschland, England, Schottland, Ungarn, Siebenbürgen und besonders stark in Nordamerika.

Viele Missionskirchen trugen Calvins Überzeugungen in alle Kontinente. Große Wirkungen gingen von ihm auf die Welt-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte aus. In Deutschland zählen etwa 195.000 Christen zur evangelisch-reformierten Kirchen. Doch gibt es hierzulande noch die Unionskirchen, in denen lutherische und reformierte Gemeinden vereinigt sind, in denen das lutherische und calvinistische Erbe gepflegt wird. Mit ihnen ergibt sich eine Gesamtzahl von etwa zwei Millionen Reformierten. Trotz dieser scheinbaren Minderheit leben auf der Welt 105 Millionen Reformierte, eingeschlossen sogenannte Presbyterianer und Kongregationalisten gegenüber ungefähr 70 Millionen Lutheranern.

Zimmermann geht in seiner kritischen Betrachtung auf calvinistische Elemente und Einflüsse in den Freikirchen (Mennoniten, Baptisten, Adventisten, Methodisten und Quäker) sowie im nordamerikanischen Christentum näher ein und spart dabei auch unter anderem die Puritaner, Anglikaner, Pfingstgemeinden und die Charismatische Bewegung nicht aus. Für den promovierten Theologen, langjährigen Pastor und Hochschuldozenten sind reformierte Theologen des 20. Jahrhunderts, wie Karl Barth, Emil Brunner, Walter Nigg, Eduard Thurneysen, Lukas Vischer, Willem Adolf Visseer` t Hooft und Walther Zimmerli von konfessionsübergreifender Bedeutung. Hilfreich ist das angefügte Personen-, Orts- und Sachregister.

Dr. Wolfgang Tulaszewski

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Erster adventistischer Weltkongress für mentale und psychische Gesundheit

Loma Linda, Kalifornien/USA, 28.10.2011/APD „Wir müssen das Stigma beseitigen, das einige Leute den psychischen und geistigen Krankheiten anhängen und auch unsere persönliche Verletzbarkeit in diesen Bereichen akzeptieren“, sagte Dr. Allan Handysides, Direktor der Gesundheitsabteilung der Weltkirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten, beim ersten adventistischen Weltkongress für mentale und psychische Gesundheit an der Loma Linda Universität, Kalifornien/USA.

„Viele Christen sind der Auffassung, dass es psychische Krankheiten bei Menschen mit einer intakten Gottesbeziehung nicht geben dürfte“, merkte der Konferenzteilnehmer Dr. James Tan, Arzt in Longview/Washington, an. „Ich bin deshalb froh, dass wir diese Problematik während dieser Konferenz auf eine gute Weise besprechen können.“

„Innerhalb der adventistischen Kirche besteht ein breiter Konsens, dass es an der Zeit ist, sich diesem Problemkreis zu stellen“, unterstrich auch Dr. Carlos Fayard, Professor für Psychiatrie, an der Loma Linda Universität. Obwohl viele Faktoren zu geistiger und seelischer Gesundheit beitragen, darunter auch eine persönliche Gottesbeziehung, schließe dies nicht automatisch Depressionen, Ängste oder andere Beeinträchtigungen des psychischen Wohlbefindens aus.

„Die biblische Weltsicht lehrt uns, dass wir ausnahmslos gebrechlich und verletzlich sind. Diese Problematik muss deshalb in unserer Kirche von allen mit der nötigen Zurückhaltung angegangen werden“, so Handysides.

Sergej Lutskij, einer der zwölf Teilnehmer aus der Ukraine, drückte seine Hoffnung aus, dass die in der Konferenz

gewonnenen Erkenntnisse in gesundheitlichen Nutzen für die Menschen in seinem Heimatland umgemünzt werden könnten, sofern die Referate ins Russische übersetzt würden.

Am viertägigen Kongress Mitte Oktober sprachen laut Adventist News Network ANN 50 Referenten zu rund 500 Teilnehmern aus der ganzen Welt. Darunter seien auch Vertreter von Universitäten, wie Harvard, Duke, Brigham Young und Los Angeles, sowie von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gewesen. Die Veranstalter hätten auch Workshops und Schulungen für Kirchenleiter, Pastoren und Angehörige von Gesundheitsberufen angeboten, damit sie jene in ihrer Kirche besser begleiten könnten, die mit einer depressiven Verstimmung bis hin zu einer schweren psychischen Krankheit lebten, so ANN.

Die Konferenz wurde von folgenden adventistischen Institutionen und Organisationen durchgeführt und finanziert: Medizinische Fakultät der Loma Linda Universität in den USA, Montemorelos Universität in Mexico sowie den Abteilungen Gesundheit, Frauen und Seelsorge der Weltkirchenleitung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Vatikan fordert globale Zentralbank auf dem Weg zu "politischer Weltautorität"

Wien/Österreich, 27.10.2011/APD Der Vatikan habe sich für eine grundlegende Reform des internationalen Finanzsystems, die Schaffung einer globalen Aufsichtsbehörde zur Regulierung

der Kapitalmärkte und für die Finanztransaktionssteuer ausgesprochen, teilte die Katholische Presseagentur Österreich Kathpress mit. Es müsse eine Art „Globale Zentralbank“ gegründet werden, die gegen unkontrollierbare „Schattenmärkte“ vorgehe und für die Einhaltung ethischer Mindeststandards Sorge trage, heißt es in einem am 24. Oktober veröffentlichten Dokument des Vatikan. Das gut 40-seitige Schreiben des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden („Iustitia et Pax“) trägt den Titel „Für eine Reform des internationalen Finanz- und Währungssystems aus der Sicht einer öffentlichen Autorität mit universaler Kompetenz“.

Die internationale Finanzbehörde müsse eine „Logik der Nachhaltigkeit, des Friedens, des gemeinsamen Wohlstandes und des Einvernehmens“ vertreten, heißt es in dem Dokument weiter. Dafür müssten eine Besteuerung finanzieller Transaktionen in Erwägung gezogen und neue Wege für die Kapitalausstattung von Banken gefunden werden. Auf diese Weise könnten waghalsige Finanzgeschäfte verhindert und die Entwicklung der realen Wirtschaft gefördert werden. Laut Kathpress werde auch ein Vorgehen gegen Steueroasen und Off-Shore-Handelsplätze gefordert.

Die Gründung einer globalen Zentralbank mit weitgehenden Befugnissen müsse der erste Schritt auf dem Weg zu einer politischen Weltautorität sein, heißt es in dem Dokument. „In einer Welt der schnell voranschreitenden Globalisierung ist eine Weltautorität der einzig angemessene Bezugspunkt, der den neuen Gegebenheiten unserer Zeit und den Bedürfnissen der menschlichen Spezies gerecht wird.“ Anknüpfungspunkt für eine solche Institution könnten die Vereinten Nationen sein.

Das vatikanische Papier soll eine Handreichung für die Verantwortlichen der Welt und alle Menschen guten Willens sein, habe laut Kathpress der Präsident des päpstlichen Rates, Kardinal Peter Turkson, während der Vorstellung des Papiers gesagt. Dies gelte insbesondere mit Blick auf den G-20 Gipfel, der am 3. und 4. November im südfranzösischen Cannes

stattfinde.

Der Mitautor des Textes, der römische Volkswirtschaftsprofessor Leonardo Becchetti, habe laut Kathpress an den vor kurzem publizierten Appell der „1.000 Ökonominnen und Ökonomen“ aus 53 Ländern erinnert, die in einem Brief an die G-20-Finanzminister die Einführung einer Finanztransaktionssteuer gefordert hätten. Mit den Einnahmen sollten weltweite Armutsbekämpfung und Klimaschutz sowie die Folgenbewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise finanziert werden.

Zu den Unterzeichnern des Appells gehören Nobelpreisträger Paul Krugman und Joseph Stiglitz sowie Professoren weltweit renommierter Universitäten, etwa von Harvard, Oxford, Cambridge, der Sorbonne, Berkeley und Kyoto. Unterschrieben hätten auch Jeffrey Sachs, Sonderberater des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon, Dani Rodrik, Professor für politische Ökonomie an der Harvard University, und Christian Fauliau, langjähriger ranghoher Ökonom der Weltbank.

Eine Finanztransaktionssteuer in Europa müsse der Armutsbekämpfung dienen, hatten bereits am 17. Oktober die Vorsitzenden der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), Prälat Dr. Bernhard Felmberg und Prälat Dr. Karl Jüsten, gefordert. Sie baten die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) sowie die Kommissionen der römisch-katholischen Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (COMECE) als Kirchen im europäischen Verbund, die Einführung der Finanztransaktionssteuer zu unterstützen und darauf zu drängen, einen Teil der Einkünfte für die Bekämpfung der Armut weltweit und zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele einzusetzen.

Es gehe um die Übernahme von Verantwortung für das Elend derjenigen, die für die Entstehung der Finanz- und Schuldenkrise nicht verantwortlich seien, aber unter den Folgen massiv zu leiden hätten.

„Wenn wir unseren Staat und die Europäische Union auf christliche und humanitäre Grundwerte bauen, dann sind wir auch dem Anliegen der weltweiten Gerechtigkeit, den Menschenrechten und der Option für die Armen verpflichtet“, heißt es im Brief der GKKE-Vorsitzenden.

Laut der Pressemitteilung der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung setze sich die GKKE zum einen wegen der regulierenden Wirkung der Steuer auf die Finanzmärkte für eine Finanztransaktionssteuer ein, zum anderen sollten aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit die Erträge der Steuer zumindest teilweise für die Armutsbekämpfung weltweit verwendet werden. Eine solche Steuer könne in absehbarer Zeit ein erhebliches Aufkommen bewirken, aus dem auch die Mittel zur Erreichung des 0,7 Prozentziels des Brutto-Nationaleinkommens für die öffentliche Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt werden könnten, heißt es weiter in der GKKE-Meldung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neuer Premierminister von Jamaika ist Adventist

Kingston/Jamaika, 26.10.2011/APD Am 23. Oktober wurde Andrew Holness (39) durch Sir Patrick Allen, Generalgouverneur von Jamaika, zum neunten Ministerpräsidenten des selbständigen Karibikstaats vereidigt, teilte CSMENetwork News mit. Holness übernahm das Amt von Bruce Golding, der am selben Tag sein Rücktrittsschreiben einreichte. Der neue Regierungschef stamme

aus einer Arbeiterfamilie und sei in die Politik eingestiegen, um Veränderungen von innen her zu bewirken.

Laut der Mitteilung habe der jüngste Premierminister in der Geschichte des Inselstaates bei der Vereidigung aus religiösen Gründen nicht auf die Bibel geschworen, sondern, wie die Verfassung dies für solche Fälle vorsehe, ein Gelöbnis gegenüber Jamaika für getreue Staatsführung abgelegt. Andrew Holness sei Mitglied der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, wie Milton G. Gregory, Vize-Präsident der adventistischen Kirchenleitung in Jamaika, bestätigte, und fühle sich der Aussage Jesu in der Bergpredigt verpflichtet, nicht zu schwören.

Die Landespolitik sei von Polarisierung und Engstirnigkeit geprägt, sagte der neue Premierminister laut CSMENetwork nach der Gelöbniszereemonie. Er wolle den von der Vorgängerregierung erfolgreich begonnenen Kampf gegen Kriminalität fortsetzen, eine Anti-Banden-Gesetzgebung einbringen und den Kampf gegen die Korruption fortführen. Der Opposition habe er die Hand gereicht und Zusammenarbeit angeboten. Bezüglich der Staatsverschuldung habe er die Schuldentilgungspolitik der Vorgängerregierung gelobt, merkte aber an, dass Jamaika in einem Teufelskreis gefangen sei, in dem Schulden aufgenommen werden müssten, um die Zinsen zu begleichen. „Der sicherste Weg, die Armut zu vergrößern, besteht darin, mehr Schulden aufzunehmen, als wir erwirtschaften“, so Holness. „Ich liebe die Armen, aber ich hasse Armut. Arme brauchen sinnvolle Arbeit und nicht weitere Überbrückungsprogramme.“ Er habe mit seiner Regierung einen Plan vorbereitet, um die nationale Schuldenlast zu vermindern. Dabei sollten aber die Ärmsten verschont werden.

„Ausgaben für die Bildung sind die beste Investition, um die generationenübergreifende Armut zu bekämpfen“, betonte der neue Regierungschef. „Ich ermutige deshalb alle Jamaikaner, Opfer zu bringen und in die Bildung der eigenen Kinder zu investieren.“

Während der Gelöbniszeremonie habe Pastor Herro Blair von der Kirche „Jamaica Youth for Christ“ für den neuen Premierminister um Weisheit, Wissen und Verständnis gebetet, damit er dem jamaikanischen Volk richtig dienen könne. Anschließend habe Andrew Holness selbst ein Gebet gesprochen, in dem er Gott um Weisheit, Einfühlungsvermögen und Mut gebeten hätte.

Knapp zwei Drittel der 2,8 Millionen Einwohner Jamaikas sind Protestanten. Rund neun Prozent der Inselbewohner zählen zu den Adventisten, darunter 253.300 erwachsen getaufte Mitglieder in 624 Gemeinden. Die dortige Freikirche unterhält 17 Grundschulen, sieben weiterführende Schulen, eine Universität, ein Krankenhaus und drei Kliniken.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neue Gesprächsanregungen für adventistische Jugendliche im Gottesdienst

Hannover/Zürich, 25.10.2011/APD Seit fast 160 Jahren gehört zum wöchentlichen Gottesdienst der Freikirche der Siebententags-Adventisten am Samstag (Sabbat) neben der Predigt auch ein Bibelgespräch in kleinen Gruppen. Jedes Vierteljahr erscheint dazu ein neues „Studienheft zur Bibel“, das weltweit die gleiche Thematik hat, mit einer deutschsprachigen Auflage von etwa 27.000 Exemplaren. Daneben gibt es zum Bibelstudium

für zwölf- bis 15-Jährige das Heft „4you“ (Für Dich), die „Schatzkiste“, ein Bibelheft für Acht- bis Elfjährige, sowie Material für Kinder und Kleinkinder.

Neu ist ab Januar 2012 „echtzeit – Impulse für authentisches Christsein“ für 16- bis 19-Jährige. Diese Impulse gäbe es für Jugendliche und Gesprächsleiter zum kostenlosen Download im Internet unter www.echtzeit-impulse.de. Bei „echtzeit“ handele es sich aber nicht um ein neues Heft, sondern vielmehr um Gesprächsanregungen, betonte Pastor Jochen Hårdter, Leiter des Religionspädagogischen Instituts (RPI) der Freikirche in Deutschland und der deutschsprachigen Schweiz. Man könne nichts bestellen oder abonnieren. Zum Download werde es je eine DIN A 4-Seite für Jugendliche und eine für Gesprächsleiter jeweils als pdf-Datei geben. „echtzeit“ behandle immer das jeweilige Thema des „Studienheftes zur Bibel“ für Erwachsene. Allerdings werde nicht die gesamte Thematik des Erwachsenenheftes beleuchtet, sondern ein Zielgedanke herausgearbeitet, der für Jugendliche von besonderem Interesse sein könnte. Dadurch sollten Jugendliche im Umgang mit der Bibel und an die Gesprächsgruppen der Erwachsenen herangeführt werden.

Die 16- bis 19-Jährigen würden also zunächst ein pdf-Dokument vorfinden, das sie öffnen, herunterladen und bei Bedarf auch ausdrucken könnten, erläuterte Hårdter. Dort fänden sie im Wesentlichen vier Bereiche: Neben dem Zielgedanken relevante Bibelstellen (direkt verlinkt auf bibelserver.com), Hintergrundinformationen zum Thema (etwa Geschichtliches) und dann das Thema selbst. Zudem werde es ein interaktives „echtzeit“-Forum geben. Hierüber könnten sich Jugendliche über die Grenzen der eigenen Ortsgemeinde hinweg schon während der Woche über das Thema austauschen oder im Anschluss daran ihre Erfahrungen mitteilen. Ausgehend vom pdf-Dokument, werde es diverse Links geben, die zum Forum führten oder aber auch, je nach Thema, zu einer Meinungsumfrage. „Dadurch kann ein Jugendlicher seine eigene Meinung mit der Meinung anderer

vergleichen beziehungsweise sich eine solche bilden“, so Hårdter. Der aktuelle Stand solcher Umfragen könne immer wieder eingesehen werden.

Auch Gesprächsleiter könnten auf den interaktiven Bereich zurückgreifen. Die Gesprächsanleitung für sie enthalte den Zielgedanken, konkrete Gestaltungsvorschläge und mögliche Fragen. „echtzeit“ solle die 16- bis 19-Jährigen, die es in ihren Ortsgemeinden oft schwer hätten, den Übergang in die Erwachsenenwelt zu schaffen, unterstützen und sie in das Bewusstsein der Älteren zu rücken, betonte Hårdter.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Spanische Adventisten begrüßen Gewaltverzichtserklärung der ETA

Madrid/Spanien, 24.10.2011/APD „Nach 52 Jahren ETA-Gewalt und -Terror sind wir erleichtert und froh für die Gewaltverzichtserklärung“ der baskischen Untergrundbewegung ETA (Euskadi Ta Askatasuna) vom 20. Oktober, sagte Pastor Jesús Calvo, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Spanien, in einer offiziellen Stellungnahme der Kirche. Die Anwendung von Gewalt sei unter keinen Umständen zu rechtfertigen.

„Wir sind betrübt über den hohen Preis von 829 Todesopfern, der dafür bezahlt wurde“, betonte Calvo. Die Folge davon seien „unsägliches seelisches und körperliches Leiden, zerbrochene Träume, erschüttertes Vertrauen und eine zerstörte Zukunft“.

Laut Calvo habe diese Erfahrung zwei fundamentale Erkenntnisse bewusst gemacht: Wie man mit jenen umgehen müsse, die Gewalt und Drohungen anwendeten, und wie man mit jenen zusammenleben könne, die eine andere Meinung hätten.

„Ich schätze die Einheit, den Mut und die Ausdauer der spanischen Gesellschaft während den 52 Jahren des ETA-Terrorismus“, hob Pastor Calvo hervor. Die Adventisten unterstützten die Bemühungen zur Förderung der Einheit und lehnten Gewaltanwendung entschieden ab.

Die Mitglieder seiner Kirche beteten um den Erhalt des gegenseitigen Respekts, des Friedens und der Wertschätzung, so Calvo. Er hoffe auch, dass gemeinsam eine bessere Gesellschaft gebaut werden könne, um in Frieden und Harmonie zusammenzuleben.

In Spanien gibt es 15.244 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 105 Gemeinden, die von 71 Pastoren betreut werden. Die dortige Freikirche unterhält ein Theologisches Seminar, ein Gymnasium, eine Mittelschule, vier Grundschulen, ein Gesundheitswerk, ein Altenheim, ein Verlagshaus, ein Medienzentrum mit Fernseh- und Radiostudios sowie eine Rundfunk- und TV-Station in Valencia.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Keine Frauen als regionale Kirchenleiterinnen bei Adventisten

Silver Spring, Maryland/USA, 23.10.2011/APD Der rund 300 Mitglieder aus aller Welt umfassende Exekutiv-Ausschuss der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten hat während seiner Jahressitzung in Silver Spring, Maryland/USA, es mehrheitlich abgelehnt, dass Frauen die Freikirche auf regionaler Ebene als Präsidentin leiten dürfen. Nach einer lebhaften, sechsstündigen Diskussion stimmten 117 Personen dafür und 167 dagegen. Laut dem Onlinedienst „Adventisten heute“ hatten die Nordamerikanische und Transeuropäische Abteilung („Division“) der Freikirche beantragt, in ihren Gebieten auch Personen als Vereinigungs- und Verbandsvorsteher wählen zu dürfen, die keine ordinierten Pastoren sind, so auch Frauen.

Die Adventisten sind als weltweite Kirche folgendermaßen organisiert: Mehrere Ortsgemeinden bilden eine „Vereinigung“ (etwa Deutschschweizerische Vereinigung) und mehrere Vereinigungen einen „Verband“ (etwa Norddeutscher Verband). Die Verbände vereinigen sich in der „Generalkonferenz“ als Weltkirchenleitung, die für geografische Gebiete auf kontinentaler Ebene Abteilungen, „Divisionen“ genannt, unterhält. Zur Zeit gibt es weltweit 575 Vereinigungen, 114 Verbände und eine Generalkonferenz mit 13 Divisionen.

Es ginge bei dem Antrag nicht um das Thema Ordination von Frauen zum Pastorenamt, stellte der Präsident der nordamerikanischen Adventisten, Pastor Dan Jackson, klar, sondern darum, Fachkräfte, so auch Frauen, in das

Präsidentenamt von Vereinigungen und Verbänden berufen zu dürfen, die für geistliche Führungsaufgaben beglaubigt, aber nicht zum Pastorenamt ordiniert seien. Ähnlich äußerte sich der Präsident der nordeuropäischen Adventisten, Pastor Bertil Wiklander, und fügte hinzu, immer mehr junge Menschen in Europa würden es als diskriminierend betrachten, dass Frauen in der adventistischen Kirche der Weg zu Leitungspositionen versperrt bliebe.

Die Vertreter aus afrikanischen Ländern seien in ihrer Ablehnung der Anträge von Pastor Ted Wilson, dem Generalkonferenzpräsidenten, unterstützt worden, so „Adventisten heute“. Zu den Befürwortern, die sich öffentlich äußerten, hätten unter anderem der ehemalige Generalkonferenzpräsident Jan Paulsen, der Vorsteher der Freikirche in den Niederlanden, Pastor Wim Altink, der Präsident des Baltischen Verbandes, Pastor Valdis Zigalvis, und Ella Smith Simmons, die erste als Vizepräsidentin der Weltkirche gewählte Frau, gehört.

Die Afroamerikanerin und Pädagogin Simmons war während der Weltsynode der Adventisten 2005 in St. Louis/USA überraschend zu einer der neun Vizepräsidenten der Weltkirchenleitung gewählt und bei der Weltsynode 2010 in Atlanta/USA wiedergewählt worden. Doch zwei Tage nach der Wahl der Afroamerikanerin in St. Louis beschlossen die rund 2.000 Delegierten aus aller Welt mehrheitlich, dass der Präsident der Generalkonferenz ein „ordinierter, erfahrener Geistlicher“ sein müsse. Damit sei das höchste Amt in der weltweiten Kirche für Frauen nicht möglich.

Frauen können nach ihrem Theologiestudium in der Kirche der Sieben-ten-Tags-Adventisten zwar als Pastorin „gesegnet“ werden und damit fast alle Amtshandlungen, wie Taufe, Abendmahl, Trauung und Beerdigung, vornehmen; doch ordiniert werden nur männliche Geistliche. Während die Ordination von Pastoren weltweit innerhalb der Freikirche Gültigkeit hat, können Frauen als Pastorinnen nur in den Gebieten wirken, die

zu einer Kirchenleitung gehören, welche die Segnung vornahm. Die Weltsynoden der Adventisten 1990 in Indianapolis/USA und 1995 in Utrecht/Niederlande hatten die Ordination von weiblichen Geistlichen mehrheitlich abgelehnt. Die Zulassung von Frauen, die als ordinierte Pastorinnen amtieren, ist außerhalb von Nordamerika, Westeuropa, China und Australien/Ozeanien, wo nur etwa 13 Prozent der weltweit rund 17 Millionen erwachsen getauften Mitglieder leben, äußerst umstritten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Christen für chinesische Wirtschaft immer wichtiger

Wuppertal, 21.10.2011/APD Christliche Unternehmer spielten in der chinesischen Wirtschaft eine immer größere Rolle. Durch das rasante Wachstum des Christentums im bevölkerungsreichsten Land der Welt gäbe es inzwischen Firmen mit mehreren tausend Mitarbeitern, die von Christen nach biblischen Prinzipien geleitet würden. Das berichteten der Geschäftsführer des Verbands „Christen in der Wirtschaft“, Timo Plutschinski (Wuppertal), und der Unternehmer Karl Schock (Schorndorf bei Stuttgart) nach ihrer Rückkehr von einer Wirtschaftskonferenz in China, zu der sie als Redner eingeladen waren.

Nach Schocks Angaben sei in der Acht-Millionen-Einwohner-Stadt Shenyang nahe der nordkoreanischen Grenze bereits eine Akademie für christliche Führungskräfte im Bau. In den Gebäuden auf dem 230 Hektar großen Gelände sollten Christen

lernen, wie sie chinesische Firmen und Abteilungen erfolgreich führen und gleichzeitig christliche Werte leben und weitergeben könnten. Die christlichen Unternehmer förderten Integrität und Gerechtigkeit in der vom Kapitalismus geprägten chinesischen Wirtschaft. In China beschäftigten christliche Unternehmer schon heute zahlreiche Firmenseelsorger, die sich ausschließlich um das geistliche Wohl der Mitarbeiter kümmerten.

Regierungsbeamte hätten den christlichen Unternehmertag in Hangzhou eng überwacht, aber nicht eingegriffen, teilte Plutschinski mit. Insgesamt sei die Freiheit der Christen im Land in den vergangenen Jahren angestiegen. Die Regierung wache allerdings genau darüber, dass christliche Bewegungen nicht vom Ausland gesteuert würden, sondern aus dem Land selbst kämen. Laut Plutschinski und Schock hätten die Veranstalter der Wirtschaftskonferenz „erstaunlich offen über das Evangelium und die Notwendigkeit des Glaubens an Jesus Christus“ gesprochen. Für 2012 sei erneut eine Delegationsreise von christlichen Führungskräften aus Deutschland nach China geplant.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Wie die Deutschen dem Altenheim entgehen wollen

Berlin, 20.10.2011/APD Die Deutschen möchten möglichst in den eigenen vier Wänden und nicht in einem Pflegeheim alt werden. Neun von zehn Bundesbürgern wollen im Alter

Hilfsmittel und Dienstleistungen, wie ambulante Pflege, Hausnotruf oder eine altersgerechte Ausstattung der Wohnung nutzen, um so den Umzug in ein Heim zu vermeiden. Das ergab eine repräsentative Forsa-Umfrage im Auftrag der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Auch in der Betreuung durch die Familie sähen die Deutschen eine Alternative zum Pflegeheim. Sieben von zehn Bundesbürgern vertrauten darauf, dass im Alter ihre Familienangehörigen regelmäßig nach dem Rechten schauen würden. Diese Erwartung sei aber je nach Lebensalter unterschiedlich groß: Während 84 Prozent der jüngeren Befragten zwischen 18 und 29 Jahren später auf Hilfe durch Angehörige hofften, teilten nur noch 64 Prozent der über 60-Jährigen diese Zuversicht.

Zwei Drittel der Umfrageteilnehmer könnten sich vorstellen, einen ambulanten Pflegedienst zur Unterstützung zu beauftragen. Neben der Entlastung durch Pflegedienste schätzten 86 Prozent der Befragten ein Hausnotrufgerät als wichtige Hilfe für das altersgerechte Wohnen ein. Drei von vier Bundesbürgern seien der Meinung, dass ein Hausnotrufgerät den Umzug ins Pflegeheim verzögern könne oder sogar unnötig mache. Als weitere wichtige Unterstützung im Alter seien Fahrdienste, Einkaufshilfen und Mahlzeitendienste genannt worden.

Die ausführlichen Umfrage-Ergebnisse können per E-Mail unter medien@johanniter.de angefordert werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Christlicher Gesundheitspreis erneut ausgeschrieben

Kassel, 19.10.2011/APD Zum 2. Mal ist der Christliche Gesundheitspreis ausgeschrieben worden. Er zeichnet Initiativen aus Gesundheitswesen und Kirche aus. Dabei handelt es sich um einen Anerkennungs- und Förderpreis, mit dem die Zusammenarbeit von Einrichtungen des Gesundheitswesens und christlichen Gemeinden oder geistlichen Gemeinschaften honoriert werden soll.

Der erste Preis ist mit 2.000 und der zweite Preis mit 1.000 Euro dotiert. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2012. Verliehen wird der Preis am 24. März 2012 im Rahmen des 3. Christlichen Gesundheitskongresses in Kassel. Den ersten Preis hatte 2010 das Albertinen-Diakoniewerk in Hamburg mit einer Initiative zur Begleitung von Eltern stillgeborener Kinder (Totgeburten) erhalten. Den zweiten Preis teilten sich das „Wochenende für Kranke“ von „Christen im Gesundheitswesen“, Aumühle bei Hamburg, und das „Zentrum für Gesundheit – Therapie – Heilung“, Karlsruhe.

Weitere Informationen zum Gesundheitskongress und zur Ausschreibung sind im Internet unter www.christlicher-gesundheitskongress.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Religionsgemeinschaften und Diplomaten in der Ukraine im Gespräch

Kiew/Ukraine, 18.10.2011/APD Am 6. Oktober, anlässlich des 15. Jahrestags der Gründung des „Ukrainischen Rats der Kirchen und religiösen Organisationen“ (AUCCRU), trafen sich zum Austausch über „Fragen gemeinsamen Interesses“ die religiösen Leiter von Mitgliedsorganisationen des Rates mit Diplomaten aus sieben Ländervertretungen in Kiew, wie das Institut für Religionsfreiheit in der ukrainischen Hauptstadt berichtete.

Die Vertreter der Religionsgemeinschaften hätten in ihren Beiträgen die internationalen Aktivitäten des AUCCRU thematisiert, einschließlich der geistlichen, sozialen und psychologischen Unterstützungsmöglichkeiten für ukrainische Migranten im Ausland sowie die Vereinfachung der Visaregelungen zwischen der Ukraine und ausländischen Staaten.

Die Diplomaten bezeichneten laut dem Institut für Religionsfreiheit den „Ukrainischen Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“ als gutes Beispiel für eine erfolgreiche Selbstorganisation der Zivilgesellschaft. Die Mitglieder des diplomatischen Corps hätten zudem die Wichtigkeit einer gemeinsamen Position der ukrainischen Glaubensgemeinschaften bei der Entwicklung demokratischer Grundsätze im Dialog zwischen dem ukrainischen Staat und den Religionen betont. Die Diplomaten hätten die Mitglieder des Rates ermutigt, sich für die Korruptionsbekämpfung einzusetzen und hohe moralische Werte in der Gesellschaft zu verankern.

An der Sitzung nahmen Botschafter sowie außerordentliche und bevollmächtigte Vertreter folgender Staaten teil: John Tefft (USA), G. Daniel Caron (Kanada), Jacques Faure (Frankreich) sowie Repräsentanten von Deutschland, Polen, Israel und des

Vatikans.

Auf Seiten des AUCCRU hätten folgende Personen ein Kurzreferat gehalten: Filaret, Patriarch von Kiew und der All-Russischen-Ukraine sowie der Ukrainischen Orthodoxen Kirche; Sviatoslav (Shevchuk), Erzbischof der Ukrainischen griechisch-katholischen Kirche; Vyacheslav Nesteruk, Vorsitzender der All-Ukrainischen Union der evangelisch-christlichen Baptistenkirchen; Yakov Dov Bleich, Oberrabbiner von Kiew und der Ukraine, Präsident der Union der jüdischen religiösen Organisationen in der Ukraine; Erzpriester Mykolai Danylevych, Sekretär der Abteilung für externe Kirchenbeziehungen der Ukrainisch Orthodoxen Kirche, Moskauer Patriarchat, sowie Mykhailo Panochko, Bischof der Kirche der Christen evangelischen Glaubens (Pfingstkirche) in der Ukraine.

An der Konferenz hätten zudem folgende Vertreter von Kirchen und Religionsgemeinschaften teilgenommen: Pastor Victor Alekseenko, Präsident der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Ukraine; Mykola Salamakha, Bischof der Ukrainisch Christlichen Evangeliumskirche; Vyacheslav Horpynchuk, Bischof der Ukrainischen Lutherischen Kirche; Volodymyr (Cherpak), Bischof der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche; Vasyl Raychinets, Presbyter der Union der Freikirchen von Christen evangelischen Glaubens in der Ukraine; Hryhoris Buniatyan, Erzbischof der Armenischen Apostolischen Kirche der Ukraine; Ralph Huska, Pastor der Kiewer Gemeinschaft der deutschen evangelisch-lutherischen Kirche in der Ukraine, und Rustam Gafurov, Vertreter der geistlichen Leitung der Muslime in der Ukraine.

Der „Ukrainische Rat der Kirchen und religiösen Organisationen“ (AUCCRU)

Der AUCCRU sei im Dezember 1996 auf Initiative des damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kuchma gegründet worden, so der „Religiöse Informationsdienst der Ukraine“ (RISU). Demnach sind im AUCCRU 19 Vertreter der orthodoxen und protestantischen Kirchen, der römisch-katholischen Kirche

sowie des Judentums und des Islam vertreten. Bei den Beratungen des Gremiums gehe es nicht um theologische Sachfragen, sondern um die Erarbeitung von Lösungen und Vorschlägen für praktische Fragen des Miteinanders. So habe der AUCCRU 2006 beispielsweise eine Erklärung zu den Spannungen verabschiedet, welche die Sprachensituation in der Ukraine hervorgerufen hätte und vor ernsthaften politischen oder gesellschaftlichen Spaltungen gewarnt. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in der Ukraine ist Mitglied des AUCCRU.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Verantwortung übernehmen, weil es um unsere gemeinsame Zukunft geht"

Hochschule Friedensau verleiht 36 Absolventen akademische Grade

Friedensau bei Magdeburg, 17.10.2011/APD In diesem Monat werde weltweit die Grenze von sieben Milliarden Menschen überschritten, stellte Matthias Graner (Burg bei Magdeburg), SPD-Landtagsabgeordneter von Sachsen-Anhalt, in seiner Festansprache zur Verleihung akademischer Grade der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg fest. Es gelte deshalb, noch mehr dafür zu sorgen, dass Konflikte nicht eskalierten, sondern beherrschbar blieben.

Unsere Welt befinde sich in einem globalen Umbruch und der damit verbundenen Unsicherheit, so Graner. Die gegenwärtige Schuldenkrise mache deutlich, dass etwas nicht in Ordnung sei. Daher gäbe es in vielen Städten Demonstrationen gegen die Banken und den Kapitalismus. Auch in der Vergangenheit seien Bewegungen gewachsen, weil sie gegen etwas waren. Doch bei derartigen Protesten gäbe es kaum Aussagen, welche Alternativen verfolgt werden sollten. Wut und Zorn über die bestehende Lage müssten kanalisiert werden, um die Kräfte für die Aufgaben der Zukunft zu nutzen.

Graner wies darauf hin, dass politisches Engagement nicht nur in den Parteien stattfinde, sondern beispielsweise auch bei den Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Dass gerade Christen Verantwortung für diese Welt übernehmen sollten, stehe schon im Neuen Testament. Matthias Graner, der in der SPD-Landtagsfraktion auch Sprecher für Kirchen und Religionsgemeinschaften ist, erinnerte an die Bergpredigt, in der Jesus einen Menschen erwähne, der „hungert und dürstet nach der Gerechtigkeit“. Diese Aussage habe auch eine politische Dimension. Ebenso, wenn Christus sage: „Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.“ Der Politiker forderte deshalb die Absolventen auf, sich Gedanken über ihre Rolle in der Gesellschaft zu machen. Es gelte Verantwortung zum Wohl der Menschen in dieser Welt zu übernehmen, „weil es um unsere gemeinsame Zukunft geht“.

Insgesamt wurden 36 Studierende aus zehn Ländern in den Bereichen Theologie und Sozialwesen mit einem B.A. oder M.A. graduiert. Professor Dr. Horst Rolly, Dekan des Fachbereiches Christliches Sozialwesen der Hochschule Friedensau, überreichte acht Absolventinnen und Absolventen die Urkunden eines Bachelors of Arts in Social Work (Soziale Arbeit) und elf weiteren das Dokument eines Masters of Arts in International Social Sciences (Internationale Sozialwissenschaften). Sechs von ihnen kamen aus Österreich,

Ghana, Ruanda, Kenia, den Philippinen und Myanmar.

Dr. Johannes Hartlapp, Dekan des Fachbereiches Theologie, verabschiedete zwei Bachelors und elf Masters of Arts in Theologie sowie vier Masters of Arts in Theological Studies. Letzere stammen aus Tansania, Burundi, Kenia und Nigeria. Außerdem erhielt der Student in Internationalen Sozialwissenschaften, Kwaku Ahin-Sam aus Ghana, den mit eintausend Euro dotierten Preis des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), nicht nur für hervorragende akademische Leistungen, sondern auch für das Engagement in seinem sozialen Umfeld.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kardinal Kurt Koch: Neuevangelisierung gelingt nur bei Kircheneinheit

Wien/Österreich, 16.10.2011/APD Für einen Gleichschritt von Ökumene und Neuevangelisierung hat sich Kurienkardinal Kurt Koch ausgesprochen, wie „Kathpress“, Katholische Presseagentur Österreich, meldet. Die Ökumene als aktive Suche nach der Kircheneinheit und die Neuevangelisierung Europas seien gewissermassen „Zwillingsgeschwestern“. Überzeugend könne die Kirche das Evangelium heute nur verkünden, wenn sie „mit einer Stimme spricht“, betonte der Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen bei einem Vortrag im Stift Heiligenkreuz bei Wien, anlässlich der Eröffnung des Semesters

der stiftseigenen Philosophisch-Theologischen Hochschule. Laut Kardinal Koch könne heute „die Neuevangelisierung nur mit einem ökumenischen Notenschlüssel glaubwürdig wahrgenommen werden“.

Die weiterhin bestehende Spaltung der Kirche sei ein „Skandal“, der „der Glaubwürdigkeit der Kirche schadet“, so Koch. Eine Überwindung der Spaltung könne etwa durch eine neue Konzentration auf eine gemeinsame Linie in ethischen Fragen gelingen oder in einer Besinnung auf eine „Ökumene der Märtyrer“. So hätten gerade die christlichen Märtyrer durch ihr Lebenszeugnis – etwa in den Konzentrationslagern des letzten Jahrhunderts – zugleich ein Zeugnis von der Einheit der Christenheit gegeben.

Im Weiteren unterstrich der Kardinal laut „Kathpress“, dass das Projekt der Neuevangelisierung gerade auch in der zentralen Konzentration der Gottesfrage auf die Ökumene verweise: „Heute ist es die Gottesfrage, die viele Menschen bewegt und die damit auch an die ökumenischen Türen klopft.“ Angesichts einer weitgehenden Verdrängung der Kirchen aus der Öffentlichkeit und einer zugleich auftretenden „neuen Götterdämmerung“ in Form einer „Vergötzung irdischer Wirklichkeiten“ sei eine „Neuevangelisierung in ökumenischer Offenheit“ massiv gefragt. Etwa bei der Verteidigung der Menschenwürde oder im Lebensschutz.

Ökumenischer Gleichschritt in ethischen Fragen

Gerade im Bereich des Lebensschutzes gebe es in jüngster Zeit jedoch „massive Spannungen“. So in der unterschiedlichen Bewertung der neuen biomedizinischen technischen Möglichkeiten. „Neuevangelisierung ist nur dann ökumenisch möglich, wenn die christlichen Kirchen sich gemeinsam insbesondere den biomedizinischen Revolutionen stellen“, sagte Koch. Wo die Kirche nicht geeint das Leben verteidige, drohe nach einem öffentlich zelebrierten „Tod Gottes“ schließlich „der Tod des Menschen“, mahnte der Kardinal.

Der im Vatikan für Ökumenefragen zuständige Kardinal Koch habe daran erinnert, dass der tiefe Zusammenhang von Ökumene und Neuevangelisierung bereits vor rund 100 Jahren bei der ersten Weltmissionskonferenz 1910 im schottischen Edinburgh unterstrichen worden sei. Damals freilich noch vor dem Hintergrund einer negativen Wertung des Begriffs der Mission aufgrund einer Vermischung mit Kolonialisierung und Imperialismus. Heute gelte es dagegen, einen positiven Missionsbegriff zurückzugewinnen und Mission als einen „freiheitlichen Vorgang der Kommunikation“ und als einen „belebenden Dialog“ zu verstehen.

Dass das Ziel allen christlichen Strebens die Einheit der Kirche sein müsse, sei letztlich nicht nur katholischerseits in den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils klar festgehalten, so Koch weiter. Auch der evangelische Theologe Wolfhart Pannenberg habe immer wieder darauf hingewiesen, dass die Reformation des 16. Jahrhunderts immer noch „vollendet“ werden müsse, und zwar in der Wiederherstellung der christlichen Einheit. Denn, so Koch im Anschluss an Pannenberg, die Kirchenspaltung in Folge der Reformation habe erst einem Säkularismus Tür und Tor geöffnet, der die Kirchen in der Öffentlichkeit marginalisiert und Religion ins Private verdrängt habe. „Die Überwindung der Spaltung ist daher auch die Voraussetzung zur Wiedererlangung der öffentlichen Bedeutung der Kirchen“, so Koch.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Neues Semester in Friedensau beginnt mit drei neuen Professoren

Friedensau bei Magdeburg, 15.10.2011/APD Die Theologische Hochschule der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg startet mit drei neuen Professuren für die Bereiche Musiktherapie, Gesundheits- und Pflegewissenschaften sowie Kinder- und Jugendseelsorge in das Wintersemester 2011/12.

Zur Professorin für Musiktherapie wurde Dr. sc. mus. Petra Jürgens, zur Professorin für Gesundheits- und Pflegewissenschaften Dr. phil. Margarete Reinhart und zum Professor für Kinder- und Jugendseelsorge/Psychotherapie Dr. phil. Thomas Steininger von der Ministerin für Wissenschaft und Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt, Professorin Dr. Birgitta Wolf, ernannt.

Professorin Jürgens lehrt seit 1998 an der Theologischen Hochschule Friedensau. Sie ist Leiterin des Instituts für Musiktherapie Berlin und des Instituts für Musiktherapie an der Hochschule. Außerdem leitet sie in Friedensau den neu eingeführten Masterstudiengang Musiktherapie.

Professorin Reinhart lehrt seit 2009 Gesundheits- und Pflegewissenschaften an der Theologischen Hochschule. Neben einer weiteren Lehrtätigkeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim, ist sie Vorstandsvorsitzende des Deutschen Berufsverbands für Pflegeberufe Nordost e.V. und Mitglied im Deutschen Bildungsrat für Pflegeberufe.

Professor Steininger lehrt seit 2000 in Friedensau und leitet dort das Institut für seelische Gesundheit im Kindes- und Jugendalter. Er ist außerdem als niedergelassener Kinder- und

Jugendpsychotherapeut in Darmstadt tätig.

Die Theologische Hochschule Friedensau wurde 1899 gegründet und ist eine staatlich anerkannte Hochschule. Sie hat die Fachbereiche Christliches Sozialwesen und Theologie.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

50 Jahre Bergheim Mühlenrahmede

Altena/Westfalen, 14.10.2011/APD Das Bergheim Mühlenrahmede der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten bei Altena im Sauerland feierte am 8. Oktober das 50-jährige Bestehen. Am 7. Oktober 1961 wurde die Erholungs- und Tagungsstätte nach zweijähriger Bauzeit eingeweiht. Der Bürgermeister der Stadt Altena, Dr. Andreas Hollstein, sprach in seinem Grußwort die gute Zusammenarbeit an. Besonders dankbar sei er der Heimleitung für die unbürokratische Aufnahme von Opfern im Bergheim nach Brandkatastrophen.

Das Bergheim werde nicht nur für Freizeiten von Kindern, Pfadfindern, Jugendlichen und Gemeinden sowie Tagungen von Leitungsgremien und Arbeitskreisen der Freikirche genutzt, betonte Pastor i. R. Walfried Eberhard, früherer Sekretär (Geschäftsführer) der nord- und ostdeutschen Adventisten, beim Vortrag der Chronik während der Jubiläumsfeier. So nutzten auch verschiedene christliche Gruppen, Schulklassen und Privatpersonen, etwa für eine Familienfeier, das Haus. Während der großen Sturmflut 1962 in Hamburg hätten Flutopfer im

Bergheim Aufnahme gefunden und seien von Bürgern aus Altena und Umgebung mit Kleidung und Nahrungsmitteln versorgt worden.

Das Grundstück sei 35.000 Quadratmeter groß, informierte Eberhardt. Im Hauptgebäude mit seinen drei Etagen, befänden sich 15 Einzel-, 14 Doppel- und elf Mehrbettzimmer mit insgesamt 104 Betten sowie verschiedene Tagungsräume und sonstige Räumlichkeiten. Zum Gelände gehörten je ein Volleyball-, Sport- und Kinderspielplatz, ein überdachtes, solar beheiztes Außenschwimmbad, eine Lagerfeuerstelle, ein Tiergehege sowie ein Wald- und Wiesengelände mit erlebnispädagogischem Parcours. Das Bergheim verzeichnet 11.500 Übernachtungen pro Jahr und wird alkohol- sowie nikotinfrei geführt.

In der fünfzigjährigen Geschichte der Freizeit- und Tagungsstätte hätte nur fünfmal die Heimleitung gewechselt. Seit nunmehr 27 Jahren prägten Eva und Reinhard Fuchs den Charakter des Bergheims. „Es ist dem Ehepaar Fuchs gelungen, eine familiäre Atmosphäre zu schaffen, in der die Gäste sich wohlfühlen“, betonte Eberhardt. Bisher hätten dort Zivildienstleistende einen guten Dienst getan. Der neue Bundesfreiwilligendienst (BFD) könne auch im Bergheim geleistet werden.

Weitere Informationen zur Tagungsstätte sind im Internet unter www.bergheim-muehlenrahmede.de zu finden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Weltkirchenpräsident der Adventisten 2012 in Volksrepublik China

Delegation des Chinesischen Christenrates hilft bei Reiseplanung

Silver Spring, Maryland/USA, 13.10.2011/APD Zum zweiten Mal war eine Delegation der „Patriotischen Drei-Selbst-Bewegung der Protestantischen Kirche“ (TSPM) und des „Chinesischen Christenrates“ (CCC) Anfang Oktober Gast im Verwaltungsgebäude der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebenten-Tags-Adventisten in Silver Spring, Maryland/USA. Bereits im Juni/Juli letzten Jahres besuchte eine Gastdelegation von Vertretern der TSPM und des CCC die Weltsynode der Adventisten in Atlanta, Georgia/USA, und überbrachte anschließend in Silver Spring dem Präsidenten der Generalkonferenz, Pastor Ted N. C. Wilson, die Einladung zu einem offiziellen Besuch in die Volksrepublik China. Diesmal sei es um die Vorbereitung der Reise von Wilson und einer kleinen Delegation im März/April nächsten Jahr gegangen, teilte „Adventist News Network“ (ANN) mit.

Pastor Wilson dankte den Gästen für ihre Hilfe bei den Reiseplanungen. „Wir sind dankbar, dass wir diesen Kontakt haben und mittels des Chinesischen Christenrates, der offiziellen Organisation der Protestanten, adventistische Gläubige besuchen können.“ Der Leiter der chinesischen Delegation, Pfarrer Shen Xuebin, Vorsitzender des Schanghaier Komitees der TSPM, habe laut ANN darauf hingewiesen, dass es in der Volksrepublik etwa 23 Millionen protestantischer Christen gebe. „Christen stellen dennoch eine Minderheit in China dar. Die meisten Menschen sind dort Atheisten“, so Shen.

Die Adventisten sind in der Volksrepublik China eine wachsende

Religionsgemeinschaft mit etwa 400.000 Gläubigen in rund 4.000 Gemeinden, einschließlich sogenannter „Hauskirchen“. 1958 übernahm zwar die Patriotische Protestantische Drei-Selbst-Bewegung (TSPM) mit ihren Prinzipien Selbstunterhaltung, Selbstverwaltung und Selbstverbreitung für alle protestantischen Kirchen die Verantwortung, sodass die einzelnen Konfessionen ihre Eigenständigkeit verloren. Die chinesischen Adventisten feiern jedoch nicht wie andere Protestanten den Gottesdienst am Sonntag, sondern nach wie vor am Samstag, dem biblischen Sabbat, und behielten ihre Identität.

Der 1980 gegründete Chinesische Christenrat (CCC) versteht sich als Dachorganisation und Dienstleistungseinrichtung für die Protestanten in der Volksrepublik einschließlich der drei evangelischen Denominationen die „Wahre Kirche Jesu“, die „Kleine Herde“ und die Siebenten-Tags-Adventisten, die sich nur partiell mit dem CCC verbunden fühlen. Diese drei Kirchen haben auch in der sogenannten „post-konfessionellen“ Einheitsphase weitgehend ihre theologische Unabhängigkeit bewahrt.

Während die Generalkonferenz schon seit Mitte der 1990er Jahre Kontakt mit dem CCC und der TSPM hat, war es 2010 das erste Mal, dass die beiden Organisationen Gäste zu einer adventistischen Weltsynode entsandten und anschließend im Verwaltungssitz der Weltkirchenleitung in Silver Spring empfangen wurden. Bereits im Mai 2009 nahm Wilsons Vorgänger, Pastor Jan Paulsen, als erster Generalkonferenzpräsident eine Einladung in die Volksrepublik China wahr. Dabei kam es in Schanghai zu einer Begegnung mit dem Präsidenten des Chinesischen Christenrates, Pfarrer Gao Feng. Während der einwöchigen China-Reise waren Paulsen und seine Delegation auch in Shenyang und Peking. Sie besuchten das Staatliche Büro für Religiöse Beziehungen, die protestantischen theologischen Seminare Nordost und Yanjing, verschiedene Christenräte und drei adventistische Gemeinden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Menschen vor Politik – 20 Hilfswerke fordern freien Zugang in Somalia

Zürich/Schweiz, 12.10.2011/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA hat zusammen mit 19 weiteren Hilfswerken und Nichtregierungsorganisationen (NRO) am 30. September in einem offenen Brief an die Konfliktparteien in Somalia appelliert und sie aufgefordert, ihre politischen Interessen der Not der Menschen unterzuordnen, teilte ADRA Schweiz mit.

Die unterzeichnenden Organisationen forderten darin die sofortige und vollständige „Einstellung der Feindseligkeiten in ganz Somalia“, betonten die Notwendigkeit eines konstruktiven Dialogs, um Leben zu retten und forderten die verschiedenen Parteien auf, den Hilfswerken freien Zugang für die unparteiische Hilfsgüterverteilung und zu den Bedürftigen zu ermöglichen, so ADRA. Die humanitären Werke müssten ihre Hilfsmaßnahmen ausbauen und zusätzliche erfahrene Mitarbeiter anstellen sowie die Grundbedürfnisse der Menschen nach Nahrung, Wasser und Medikamenten stillen können.

Laut ADRA hätten die Vereinten Nationen sechs Regionen Somalias zu Hungersnotgebieten erklärt. Schätzungsweise 750.000 Menschen in dem ostafrikanischen Land seien akut vom Tod bedroht. Eine Gruppe von Aufständischen versuche westliche

Hilfsorganisationen aus dem Land zu vertreiben und verhindere gleichzeitig die Flucht von hungernden Somaliern ins benachbarte Kenia und Äthiopien. Während der kommenden Wochen und Monaten befürchteten die humanitären Organisationen Tausende von Opfern bei den unterernährten Menschen, die keinen Zugang zu Hilfsleistungen hätten, so ADRA. Mit dem Beginn der Regenzeit „Deyr“ im Oktober müsse auch mit der Ausbreitung von Cholera, Masern und Malaria gerechnet werden. Vermehrte humanitäre Maßnahmen seien notwendig, um das Schlimmste zu verhindern.

Die Einsätze von ADRA in Somalia erfolgten unter schwierigsten Umständen, berichtete das Hilfswerk. Dennoch leiste ADRA der somalischen Bevölkerung weiterhin Hilfe, soweit es die Umstände zuließen.

Folgende Organisationen haben den offenen Brief unterzeichnet: ACF International, Action Africa Help – International (AHHI), ADRA, Caritas Switzerland, Danish Refugee Council (DRC), Family Empowerment and Relief Organization (FERO), Finn Church Aid (FCA), Group for Transcultural Relations (GRT), HIRJA Somalia, Integrated Development Focus (IDF), International Rescue Committee, Somalia (IRC), KAALO Relief and Development, Mines Advisory Group (MAG), Medecins du Monde France (MDM), Mubarak for Relief and Development Organisation (MURDO), OXFAM, SAREDO, Veterinaires Sans Frontieres – Germany (VSF G), WASDA und World Vision (WVI).

ADRA Somalia ist seit 1992 als Hilfswerk im Land tätig und hat bisher mehr als 50 Projekte in den Bereichen wirtschaftliche Entwicklung, erneuerbare Energie, Infrastruktur, Bildung, Nothilfe, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Hygiene sowie Wasser durchgeführt. Aufgrund der Bürgerkriegssituation in Somalia befindet sich das ADRA-Landesbüro in Nairobi/Kenia. Die Projekte werden von Mitarbeitern durchgeführt, die in Somalia stationiert sind. ADRA Somalia arbeitet mit acht lokalen Nichtregierungsorganisationen zusammen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

ADRA engagiert sich für Hungernde in Ostafrika

Silver Spring, Maryland/USA, 12.10.2011/APD Am Horn von Afrika litten mehr als 13 Millionen Menschen unter der Dürre und hätten keinen gesicherten Zugang zu Lebensmitteln, berichtete OCHA, das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten.

Eine Erkundungsdelegation des Netzwerks der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA im Juli habe die Situation der Menschen in der Region Banadir als die verheerendste in Somalia eingestuft, so die Hilfsorganisation. Das Netzwerk, an dem auch die ADRA Büros von Deutschland, Österreich und der Schweiz beteiligt seien, finanziere während fünf Monaten die Verteilung von Nahrungsmitteln in der Banadir Region in Zentral-Somalia. Familien erhielten in dieser Zeit ungefähr 60 Kilo Reis, 25 Kilo Bohnen und Erbsen, 10 Kilo Zucker, 3,5 Liter Speiseöl sowie jodiertes Salz.

ADRA habe auch Hilfsprojekte in Galmudug, der somalischen Zentralregion und in der nordöstlichen Region Nugal gestartet. Es würden Güter des täglichen Bedarfs verteilt, wie Plastikplanen, Schlafmatten, Decken, Moskitonetze, Wasserkanister und Chlortabletten. In Dürregebieten stelle das Hilfswerk Tanklastwagen für die Notfall-Wasser-versorgung zur Verfügung. Wasserstellen und ausgetrocknete Wasserzisternen seien repariert und überdacht worden, sodass den

Bauernfamilien und deren Vieh sauberes Wasser zur Verfügung stehe. Zusätzlich werde die Ausbreitung von Infektionskrankheiten durch Ausbildung in Hygienemaßnahmen sowie durch den Bau von Latrinen, Waschgelegenheiten und Mülldeponien bekämpft.

Laut ADRA hätten in Kenia 3,75 Millionen Menschen begrenzten Zugang zu Nahrung, zudem seien schätzungsweise 350.000 Menschen mittelschwer oder schwer unterernährt. Das Hilfswerk versorge Kinder unter fünf Jahren in den Regionen Kasaala, El Wak und Mandera mit einer nahrhaften Mais-Soja-Mischung.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Patienten mit Krankenhaus "Waldfriede" sehr zufrieden

Berlin, 11.10.2011/APD Das Krankenhaus „Waldfriede“ der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Berlin-Zehlendorf gehört zu den besten Krankenhäusern der Hauptstadt. Laut Regionalausgabe Berlin der „Bild“-Zeitung, die sich auf die Patientenbefragung 2011 der Techniker Krankenkasse (TK) beruft, nehme „Waldfriede“ unter den 41 Kliniken der Stadt den sechsten Platz ein. Laut den Patienten liege die allgemeine Zufriedenheit mit dem Krankenhaus bei 81,5 Prozent. Zufrieden mit dem Behandlungsergebnis seien 79,1 Prozent, mit der medizinisch-pflegerischen Versorgung 78,5 Prozent, mit Information und Kommunikation 79,3 Prozent sowie mit Organisation und Unterbringung 74,2 Prozent der Befragten.

Da in allen fünf Bereichen „Waldfriede“ überdurchschnittliche Ergebnisse erzielte, erhielt es von der Techniker Krankenkasse den „TK-Klinikus“-Preis 2011/2012. Die Stärken des Krankenhauses seien laut TK die Betreuung durch die Pflegekräfte, die Zeit der Pflegekräfte und Ärzte für Patientenangelegenheiten, die verständliche Beantwortung von Patientenfragen durch die Ärzte sowie der Informationsaustausch zwischen Ärzten und Pflegekräften. Als bestes Krankenhaus in Berlin gelte laut Patientenbefragung der TK die Havelklinik in Berlin-Spandau. Mit nur 91 Betten handele es sich um ein kleines familiäres Haus, bei dem der eigene Arzt einweise, operiere und auch die Nachsorge übernehme. Der neue Klinikführer der TK ist im Internet unter www.tk.de/t-k/klinikfuehrer/114928 zu finden.

Das seit 1920 bestehende Akutkrankenhaus „Waldfriede“ verfügt über 170 Betten und versorgt mit den Fachabteilungen Allgemeinchirurgie, Anästhesie, Brustzentrum, Gynäkologie und Geburtshilfe, Hand- und Fußchirurgie, Innere Medizin, Interdisziplinäres Beckenbodenzentrum, Intensivmedizin, Radiologie und den Zentren für Darm- und Beckenbodenchirurgie (Kolonproktologie) sowie Diabetes und Diabetisches Fuß-Syndrom jährlich 9.000 Patienten stationär und 18.000 ambulant. Im letzten Jahr kamen dort rund 900 Babys zur Welt.

„Waldfriede“ ist akademisches Lehrkrankenhaus der Charité-Universitätsmedizin Berlin und europäisches Ausbildungszentrum für Operationstechniken in der Koloproktologie. Zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit hat das Krankenhaus im März 2008 eine Kooperationsvereinbarung mit der Florida-Hospital-Gruppe in Orlando/Florida (USA) geschlossen. Dadurch sind unter anderem ein regelmäßiger gegenseitiger Ärzteaustausch sowie die zusätzliche Fort- und Weiterbildung von medizinischem Personal möglich. In der „Waldfrieder“ Akademie für Gesundheits- und Krankenpflege kann in Kooperation mit dem Fachbereich Christliches Sozialwesen der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg der Bachelor

(B.A.) in „Gesundheits- und Pflegewissenschaften“ erlangt werden.

Die Klinik erhielt von der Drogenbeauftragten der Bundesregierung das Zertifikat in Silber als „Rauchfreies Krankenhaus“. Sie wurde mit dem KTQ-Zertifikat für hohe Qualitätsstandards und mit dem Gütesiegel der Deutschen Krebsgesellschaft (DKD) bei Brustkrebs-Diagnosen ausgezeichnet. „Waldfriede“ gehört seit 1996 zum „Deutschen Netz Gesundheitsfördernder Krankenhäuser“ der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland“ (BUND) verlieh dem Hospital das Gütesiegel „Energiesparendes Krankenhaus“. Es ist Mitglied im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz und im Deutschen Evangelischen Krankenhausverband sowie Teil des weltweiten „Adventist Health System“ der Siebenten-Tags-Adventisten.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Methodistin erhält Friedensnobelpreis

Zürich/Schweiz, 10.10.2011/APD Erstmals in der Geschichte der Ausrichtung des Friedensnobelpreises haben drei Vorkämpferinnen für die Frauen- und Menschenrechte gemeinsam den diesjährigen Friedensnobelpreis erhalten. Eine von ihnen, Ellen Johnson-Sirleaf, Harvardabsolventin und Präsidentin von Liberia, sei aktives Mitglied der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK), teilte die Kirche auf ihrer Website mit.

Johnson-Sirleaf habe den ihr zuerkannten Friedensnobelpreis als „riesige Überraschung“ bezeichnet, so die EmK. „Ich bin so überwältigt und aufgeregt, dass mir die Worte fehlen“, sagte die 72-Jährige in einem Telefoninterview am 7. Oktober mit dem norwegischen Rundfunksender NRK.

Auf dem Höhepunkt ihrer Karriere, bei der Vereidigung als erste Staatschefin Afrikas im Jahr 2006, meinte Johnson-Sirleaf: „Das öffnet die Tür für Frauen auf dem gesamten Kontinent und ich bin stolz darauf, dass ich diejenige bin, welche die Tür öffnet.“ Laut EmK gelte die Friedensnobelpreisträgerin als integer, unbeugsam und willensstark. Sie werde auch als „eiserne Lady“ bezeichnet. Die Aufgabe, die sie nach der Vereidigung als Präsidentin erwartet habe, sei alles andere als einfach gewesen. Die 1938 in Monrovia geborene Ökonomin habe die Zügel eines Landes in die Hand nehmen müssen, das nach mehr als zehn Jahren Bürgerkrieg am Rande des Abgrunds stand. Eine der Prioritäten der vierfachen Mutter und achtfachen Großmutter habe von Anfang an in der Reintegration traumatisierter Ex-Kindersoldaten bestanden.

Ellen Johnson-Sirleaf habe laut EmK eine „Wahrheits- und Versöhnungskommission“ nach südafrikanischem Vorbild eingerichtet, welche die Schreckenstaten des Bürgerkrieges untersuchen sowie Frieden und Stabilität in dem Krisenland wiederherstellen soll. Die Zeitschrift „Newsweek“ listete sie 2010 in die Top Ten der besten Staatschefs der Welt und der „Economist“ habe sie als beste Präsidentin bezeichnet, die Liberia je hatte.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Ökumenische Ernüchterung

Ökumenischer Lagebericht des Evangelischen Bundes 2011

Bensheim, 10.10.2011/APD Mit dem Ökumenischen Lagebericht legte der Leiter des Konfessionskundlichen Instituts Bensheim, Pfarrer Dr. Walter Fleischmann-Bisten, der Mitgliederversammlung des Evangelischen Bundes die Einschätzung der aktuellen ökumenischen Lage vor. Vom 6. bis 9. Oktober tagte die 103. Generalversammlung des Evangelischen Bundes in Hofgeismar.

Die Deutschland-Reise Papst Benedikts XVI. im September 2011 wertete Fleischmann-Bisten als „ernüchternd“. Dabei bezog er sich ausdrücklich auf die These der früheren EKD-Ratsvorsitzenden Margot Käßmann, sie erwarte von diesem Papst nichts in der Ökumene. Fleischmann-Bisten: „Man könnte allenfalls ergänzen: nichts außer ökumenischen Gesten und Hinweisen auf das bereits gemeinsam Erreichte und dessen Bewahrung.“ Ökumene habe eine Funktion im Dienst an den Menschen: „Ich meine aber, dass Erkenntnisse und Ergebnisse ökumenischer Dialoge zu einer Erleichterung des alltäglichen Umgangs unter Christen verschiedener Konfession werden sollten und könnten.“ In Abgrenzung zum Ökumenebeauftragten der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, Bischof Gerhard Ludwig Müller, stellte der Generalsekretär des Evangelischen Bundes fest: „Keinesfalls war die Begegnung des Papstes mit Vertreterinnen und Vertretern evangelischer Kirchen in Deutschland eine ‚Sternstunde der Ökumene‘.“

Mit dem Titel „Warum nicht auch mal nach Canossa?“ wies Fleischmann-Bisten auf die Notwendigkeit hin, im Zuge des Reformationsjubiläums 2017 die Frage nach der wechselseitigen Heilung der Erinnerungen neu zu stellen. Er erinnerte an den

Kirchenhistoriker und früheren Präsidenten der Berliner Humboldt-Universität, Christoph Marksches, der meinte, durch eine positivere Beurteilung Luthers und kritischere Sicht der Reformation könnte das Jubiläum von 2017 ökumenisch begangen werden: „Wir könnten jeweils unsere Anteile an Schuld bekennen, aber auch würdigen, welche vorwärtsweisenden und befreienden Wirkungen aus ihr erwachsen sind.“ Auch der EKD-Ratsvorsitzende, Präses Nikolaus Schneider, habe sich bei der Begegnung mit dem Papst in Erfurt dafür eingesetzt, Erinnerungen an wechselseitige Verletzungen aus der Kirchenspaltung vor 500 Jahren zu heilen und Wege zur Aussöhnung zu eröffnen. Den Bekenntnisschriften der Reformation seien schon vor geraumer Zeit Anmerkungen mit klärenden Hinweisen beigefügt, welche die frühere Polemik trotz der bestehenden Lehrunterschiede als heute nicht mehr zeitgemäß bezeichneten. Fleischmann-Bisten formulierte seine Vision einer möglichen wirklich ökumenischen Geste: Vergleichbar mit den Formulierungen Papst Pauls VI. und des ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. von Konstantinopel vom 7. Dezember 1965 zur Beendigung des Schismas von 1054 könnte der 2017 amtierende Papst erklären, das Exkommunikationsurteil gegen Martin Luther „aus dem Gedächtnis und aus der Mitte der Kirche (zu) tilgen und (es) dem Vergessen anheim(zu)geben“.

Der Ökumenische Lagebericht 2011 erscheint als epd-Dokumentation und (in Auszügen) im „Materialdienst“ des Konfessionskundlichen Instituts 6/2011.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Freikirchen in der Zeit des Nationalsozialismus

Wustermark-Elstal bei Potsdam, 09.10.2011/APD Die Herbsttagung des Vereins für Freikirchenforschung (VFF) am 7. und 8. Oktober im Bildungszentrum Elstal des Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Wustermark bei Potsdam befasste sich mit den Freikirchen während der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Diese hätten erst nach dem Ende des Kaiserreiches die rechtliche Gleichstellung mit den Volkskirchen erlangt und seien nun in ihrer Existenz bedroht gewesen. Dabei gehe es im Hinblick auf Schuld „weniger um die Dinge, die getan wurden, sondern um das, was nicht getan wurde“, betonte der 2. Vorsitzende des VFF, Dr. Johannes Hartlapp (Friedensau bei Magdeburg), in seiner Einführung zur Tagung.

Er und Dr. Andreas Liese (Bielefeld) stellten zunächst die Arbeitsweise des Sicherheitsdienstes der SS (SD) und der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gegenüber den kleinen Religionsgemeinschaften dar. Während die Gestapo für Verbote zuständig gewesen sei, hätte der SD die dafür notwendigen Informationen geliefert. Dabei wäre eine doppelte Strategie verfolgt worden: „Staatsgefährliche“ Sekten sollten vernichtet werden, „harmlose“ Sekten dagegen weiterarbeiten, da sie die Zersplitterung des Christentums förderten. Wobei die Freikirchen zu den „Sekten“ gerechnet worden seien. Allerdings wären die SD- und Gestapo-Mitarbeiter für ihre Aufgaben schlecht ausgebildet gewesen und hätten kaum Sachkenntnisse besessen.

Dr. Christian Neddens (Saarbrücken) beleuchtete die Vorgängerkirchen der heutigen Selbständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche (SELK) zur Zeit des Nationalsozialismus. Es handelte sich dabei unter anderem um die Evangelisch-Lutherische Kirche in Preußen (Altlutheraner), die

Evangelisch-Lutherische Freikirche in Sachsen und anderen Staaten sowie um die Renitente Kirche Ungeänderter Augsburgischer Konfession in Niederhessen. Geprägt von konservativen Milieus der Weimarer Epoche sei die Machtergreifung Hitlers als Rettung vor dem Bolschewismus angesehen worden. Das Kirchenleben wäre nach innen ausgerichtet gewesen. Diese Selbstbezogenheit habe blind gegen die Verfolgung anderer gemacht und die Sorge um die Sicherung der eigenen Existenz zu unnötigen positiven Stellungnahmen zum NS-Staat geführt.

Auch die konservativ ausgerichteten Freien evangelischen Gemeinden hätten aufgrund ihres unpolitischen Verhaltens das „wahre Gesicht Hitlers“ nicht erkannt, so Dr. Andreas Heiser (Dietzhöhlztal-Ewersbach bei Dillenburg). Die Wiederherstellung von Ordnung, Sitte und Moral sowie die abgewendete Gefahr des Bolschewismus habe den Blick für die Gefährlichkeit des Nationalsozialismus verstellt.

Die Neuapostolische Kirche habe während der NS-Zeit ebenfalls eine Überlebensstrategie entwickelt, stellte Matthias Eberle (Bielefeld) fest. Etliche leitende Geistliche, auch Apostel, seien nach 1933 der NSDAP beigetreten. Es wäre zu einer weitgehenden Anpassung an den NS-Staat gekommen, um einem drohenden Verbot zu entgehen. „Es ist jedoch nicht erwiesen, dass wirklich alle Handlungen der neuapostolischen Kirchenleitung in dieser Zeit lediglich Reaktionen auf konkrete oder abstrakte Forderungen von Staat und Partei waren“, so Eberle. Eine kritische Reflexion der NS-Zeit durch die Neuapostolische Kirche stehe noch aus. Es gebe bis jetzt auch kein Schuldbekenntnis.

Dr. Johannes Hartlapp stellte anschließend die Beziehungen von kleinen Religionsgemeinschaften zu Institutionen des NS-Staates am Beispiel der Siebenten-Tags-Adventisten dar. Im Dezember 1933 sei die Freikirche in Preußen und Hessen verboten worden. Zwar wäre das Verbot nach zehn Tagen wieder aufgehoben worden, doch habe es eine totale Verunsicherung bei den Adventisten bewirkt, „sodass es keine offene Kritik mehr

am NS-Staat gab“. Nach Aufhebung des Verbots habe besonders Hulda Jost, die Leiterin des Advent-Wohlfahrtswerkes, eine bedeutende Rolle gespielt. Durch ihre vielen persönlichen Kontakte hätte sie den Behördenweg umgangen und mit Erfolg Fürsprecher für bestimmte Anliegen gefunden. Es sei ihr gelungen, die adventistischen Gemeinden zu vielfältigen sozialen Tätigkeiten zu bewegen, um sie für den NS-Staat „unverzichtbar“ zu machen. Trotz ihrer vielen Kontakte habe es aber auch Rückschläge gegeben, wie die Aufhebung der Schulbefreiung für adventistische Kinder am Samstag und die Entlassung adventistischer Beamter aus dem Staatsdienst im Jahr 1936. „Daran konnte auch sie nichts ändern.“

In seinem Forschungsbericht ging Elmar Spohn (Waiblingen) auf die evangelischen Glaubens- und Gemeinschaftsmissionen in der Zeit des Nationalsozialismus ein. Es habe sich dabei um Werke gehandelt, die sich selbst heute als „evangelikal“ bezeichneten. Davon habe es im NS-Staat 16 gegeben, wie Allianz-China-Mission (heute Allianz-Mission), Christoffel Blindenmission, Missionsbund Licht im Osten, Liebenzeller Mission oder Mission für Süd-Ost-Europa. Laut Spohn sei keine einheitliche Darstellung möglich, da es bereits in den einzelnen Missionsgesellschaften unterschiedliche Haltungen zum NS-Staat gegeben habe. „Es gab NS-Befürworter, Mitläufer, Neutrale, Resistente, aber vereinzelt auch Widerstand durch Einsatz für Juden und Mitarbeiter, die selbst Opfer wurden.“ Die Missionen hätten sich nach 1945 sehr schwer mit der Schuldfrage getan.

Mit „Pfingstler in der Zeit des Nationalsozialismus“ legte Sven Brenner (Heidelberg) einen weiteren Forschungsbericht vor. Auch hier müssten die einzelnen Pfingstgruppen differenziert betrachtet werden. „Manche wurden verboten und die Mitglieder trafen sich im Geheimen.“ Hermann Lauster, Gründer der Gemeinde Gottes in Deutschland, habe sich zeitweise im KZ befunden. Die Volksmission entschiedener Christen von Karl Fix sei von der Gestapo zwar überwacht, wäre

aber nicht als Pfingstgemeinde angesehen worden, da es geordnete Gottesdienste gegeben habe. Heinrich Vietheer, Gründer der Elim-Gemeinden, habe seine positive Einstellung zum NS-Staat verteidigt. Dennoch hätten sich seine Gemeinden 1938 dem Bund der Baptistengemeinden anschließen müssen. Der Christliche Gemeinschaftsverband Mülheim an der Ruhr sei der Meinung gewesen, dass ein wahrer Christ der Obrigkeit zu gehorchen habe. In seiner Gemeindezeitschrift „Heilszeugnisse“ sei damals die Sprachregelung der NS-Ideologie zu finden gewesen.

Zum Abschluss der Tagung befasste sich Dr. Andreas Liese mit der Reise des Vorsitzenden der Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF), Heinrich Wiesemann, 1938 nach Schweden, um darzulegen, wie die Deutsche Kongress Zentrale (DKV), die seit Ende 1936 dem Propagandaministerium untergeordnet war, ganz gezielt kirchliche Vertreter benutzt habe, um die Interessen Deutschlands im Ausland zu vertreten. Jeder, der eine Auslandsreise zu einem Kongress oder einer ähnlichen Veranstaltung beantragen wollte, sei im Zusammenhang mit der Beantragung von Devisen von der DKV unterrichtet worden, in welcher Weise er sich im Ausland zu verhalten, wie er mit ausländischen Pressevertretern umzugehen und in welcher Weise er Deutschland zu repräsentieren habe. Nach der Rückkehr hätte ein Bericht verfasst werden müssen, der dann über die DKV an den Sicherheitsdienst (SD) weitergeleitet worden sei. Wiesemann habe sich nun nicht nur an diese Richtlinien gehalten, sondern im Kontakt mit dem schwedischen Diplomaten Lagerkranz gleichzeitig versucht, politischen Einfluss auf Schweden im Sinne des NS-Staates zu nehmen.

Die in Elstal gehaltenen Referate werden im VFF-Jahrbuch dokumentiert, das 2012 erscheinen soll.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Catholica-Beauftragter der deutschen Lutheraner würdigt Papstbesuch in Erfurt

Hannover, 08.10.2011/APD Der Catholica-Beauftragte der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), der braunschweigische Landesbischof Professor Dr. Friedrich Weber (Wolfenbüttel), hat den Ort des Gesprächs mit Papst Benedikt XVI., das Augustinerkloster Erfurt, als ökumenisches Signal des Papstbesuchs bezeichnet. „Zu Recht wurde deshalb wiederholt auf die ökumenische Bedeutung hingewiesen, dass mit Papst Benedikt XVI. erstmals ein Papst eine Lutherstätte besucht hat“, hob Weber in einem Interview hervor, das in den „VELKD-Informationen“ erschienen ist.

Zugleich betonte Weber die ökumenische Bedeutung der Papstäußerungen zu Martin Luther. Der Papst habe die Gottessuche des Mönches Luther gewürdigt und damit auf die beiden Kirchen gemeinsame Glaubensmitte hingewiesen. Er habe „die Christozentrik der Theologie Luthers gewürdigt und ‚Was Christum treibet‘ als Maßstab für die Auslegung der Heiligen Schrift, aber auch als Mitte unserer Spiritualität“ hervorgehoben, so Weber.

Im Hinblick auf das Reformationsjubiläum 2017 werde derzeit eine gemeinsame Erklärung des Lutherischen Weltbundes (LWB) und des Vatikan vorbereitet, mit der die internationale Bedeutung der 500. Wiederkehr der Reformation deutlich gemacht werden könne. Ebenso seien vergleichbare Gespräche auf nationaler Ebene zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz in Gang zu bringen. Weber hoffe, dass die

von evangelischer Seite eingebrachten Anregungen zur „Heilung der Erinnerungen“ von katholischer Seite aufgenommen würden. „So könnte 2017 also auch mit Umkehr und Erneuerung zu tun haben.“

Weber zeigte sich insgesamt beeindruckt davon, wie stark der Papst die geistliche Ökumene betont habe. Daran sei abzulesen, dass alles ökumenische geistliche Miteinander in den Gemeinden und anderenorts von der katholischen Kirche gewollt sei. Daneben seien allerdings keine Signale gesetzt worden, die – wie 1980 bei der Begegnung mit dem damaligen Papst Johannes Paul II. – konkrete Schritte zu größerer Gemeinschaft ermöglichten. So sei Weber erstaunt gewesen, dass Papst Benedikt XVI. das Thema „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ oder einen Hinweis auf die wechselseitige Anerkennung der Taufe als das Band der sakramentalen Einheit ausgespart habe.

Zur Frage, ob der Papst als Sprecher aller Christen auftreten könne, sagte Weber, dass dies zum Teil bereits so gesehen werde. „Ich erinnere nur an die Rolle von Johannes Paul II. zu Beginn des Irak-Krieges.“ Für eine förmliche Sprecherrolle sei es allerdings unabdingbar, dass die Kirchen gleichberechtigt nebeneinander stünden, denn „letztlich kann die Frage eines Sprecheramtes für die gesamte Christenheit nur im Rahmen einer Gemeinschaft von gleichberechtigten Kirchen angegangen werden. Allerdings ist es bis dahin noch ein weiter Weg.“

Der Catholica-Beauftragte der VELKD, Landesbischof Weber, der zugleich Vorstandsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in Deutschland (ACK) ist, hat sich nach dem Papstbesuch in einem Interview zur Lage der evangelisch-katholischen Ökumene geäußert. Das Interview ist in den „VELKD-Informationen“ Nr. 133 vom 6. Oktober 2011 abgedruckt und kann im Internet unter www.velkd.de/downloads/111006_VELKD-Informationen-Nr.133_download.pdf nachgelesen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Hope Channel TV" jetzt auf "Zattoo" im Internet

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 07.10.2011/APD „Zattoo“ sendet das TV-Programm der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, „Hope Channel Deutsch“, ab dem 8. Oktober über seine Fernsehplattform in Deutschland. Damit erweitert sich die Reichweite von „Hope Channel-TV“ auf PCs, Smartphones und Tablets. Nach eigenen Angaben erreiche „Zattoo“ mehr als neun Millionen Nutzer in sechs Ländern.

Die einzige Voraussetzung zum Empfang von „Hope Channel-Deutsch“ auf „Zattoo“ ist eine WLAN/Wifi-Internetverbindung. Neben dem mobilen Empfang über Smartphones ermöglicht es auch den Zugriff auf das Fernsehprogramm über den Computer unter www.zattoo.com. Seit Sommer vergangenen Jahres kann die „Hope Channel“-iPhone App unter www.itunes.com/apps/ heruntergeladen werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Die Kirchengründer der Adventisten waren keineswegs unpolitisch

Lüneburg, 06.10.2011/APD Manche Adventisten seien der Meinung, dass sich ihre Kirche und deren Mitglieder aus der Politik heraushalten und neutral bleiben sollten, so wie es ihre Gründer getan hätten, schreibt Pastor Herbert Bodenmann (Basel), Leiter der Abteilung Religionsfreiheit der Schweizer Siebenten-Tags-Adventisten, in einem Artikel der Oktoberausgabe der Gemeindezeitschrift „Adventisten heute“. Doch solch eine Auffassung gehe offensichtlich auf eine „fromme Geschichtsklitterung“ zurück. Die Gründer der Freikirche seien keineswegs unpolitisch gewesen, betont der Autor.

Das gelte auch für die Mitbegründerin der Freikirche Ellen G. White (1827-1915). 1859 sei der Bürgermeister von Battle Creek (Michigan/USA), einem Ort, in dem viele Adventisten wohnten, davon ausgegangen, dass diese an ihrem biblischen Ruhetag, dem Sabbat (Samstag), nicht zur Wahl gehen würden und er durch deren Wahlabstinenz wiedergewählt werde. Doch Ellen White sei der Ansicht gewesen, dass es sich bei dem Stadtoberhaupt um einen Trinker, Spieler und Frauenheldenheld gehandelt habe. „Sie forderte die Adventisten in Battle Creek auf, Stellung zu beziehen und den amtierenden Bürgermeister abzuwählen, wenn es sein müsste, auch am Sabbat“, so Bodenmann.

Jahre später (1881) sei Ellen White während einer adventistischen Zeltversammlung in Des Moines (Iowa) gefragt worden, ob Adventisten für ein Verbot des Ausschanks alkoholhaltiger Getränke stimmen sollten. Ihre Antwort wäre kurz und bündig gewesen: „Ja – und vielleicht schockiere ich nun einige von euch, wenn ich sage: Falls nötig stimmt auch am Sabbat für das Alkoholverbot, wenn ihr es nicht an einem

anderen Tag tun könnt.“ Ellen White habe verschiedentlich die Verantwortung derer betont, die nicht wählen oder sich nicht mittels Sachabstimmungen für eine Verbesserung der damaligen Verhältnisse einsetzen wollten. „Sie unterstrich, dass Neutralität in gesellschaftlichen beziehungsweise politischen Fragen auch eine persönlich zu verantwortende Stellungnahme und keine Null-Position sei“, hob Bodenmann hervor.

Einige der damals führenden Adventisten seien Sozialreformer und Mitglieder von Vereinigungen zur Abschaffung der Sklaverei gewesen. Sie hätten zwar in der Naherwartung der Wiederkunft Christi gelebt, ohne dafür jedoch Daten festzulegen, „zogen sich aber nicht egoistisch von der Welt zurück, sondern engagierten sich sozial und politisch für die Sklaven“. Joseph Bates (1792-1872), ein weiterer Mitbegründer der Freikirche, habe geschrieben: „Ich konnte kein konsequenter Christ sein und gleichzeitig auf der Seite der Unterdrücker stehen, denn Gott war nicht bei ihnen. Ich konnte auch nicht Gottes Verheißungen in Anspruch nehmen, wenn ich neutral blieb. Meine einzige Alternative war, für die Sklaven einzutreten, und dazu entschloss ich mich.“

Ellen White habe die Sklaverei als „schweres Verbrechen“ bezeichnet und deshalb zu zivilem Ungehorsam aufgerufen: „Dem Gesetz unseres Landes, das von uns verlangt, einen [entlaufenen] Sklaven seinem Besitzer zurückzugeben, müssen wir nicht gehorchen, und wir müssen bereit sein, die Konsequenzen des Übertretens dieses Gesetzes auf uns zu nehmen. Der Sklave ist nicht das Eigentum irgendeines Menschen. Gott ist sein einziger Herr.“ Ellen White, die damals führende Frau der Freikirche, habe mit ihrem Aufruf zu zivilem Ungehorsam in der Sklavenfrage zum heißesten politischen Thema ihrer Zeit eindeutig Stellung bezogen und Verantwortung übernommen, stellt Pastor Bodenmann in seinem Artikel fest.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Krankenhauspersonal sensibilisiert mit Hip-Hop-Video für Brustkrebs

Bolingbrook, Illinois/USA, 05.10.2011/APD Hip-hoppende Krankenschwestern, breakdancende Ärzte sowie Physiotherapeuten und Raumpflegepersonal bewegen sich zum Song „Higher“ von Taio Cruz in Choreographien durch das Adventist Bolingbrook Hospital, Illinois/USA. Sie wollen mit dem Video auf die jährliche Brustuntersuchung (Mammographie) zur Früherkennung von Brustkrebs aufmerksam machen, wie das Krankenhaus mitteilte. Die Darsteller sind Angestellte des Zentrums für Brustkrebs von Adventist Midwest Health, einem Netzwerk von Nonprofit-Krankenhäusern in der westlichen Metropolregion von Chicago, dem vier adventistische Hospitäler der Gegend angehören.

„Es liegt uns viel daran, dass sich Frauen auf Brustkrebs untersuchen lassen“, sagte Jeannine Arias, Chefärztin der Brust- und Krebsabteilung am Adventist Bolingbrook Hospital, „weil wir um die lebensrettenden Vorteile der Früherkennung wissen. Ich hoffe, dass dieses Video Frauen sensibilisieren wird und sie sich für eine jährliche Mammographie anmelden.“

Brustkrebs ist in den meisten Ländern die häufigste Krebserkrankung bei Frauen. In der Schweiz wird laut „Pink Ribbon“ (rosa Schleife), einer Kampagne zur Brustkrebssensibilisierung, jedes Jahr bei 5.200 Frauen Brustkrebs diagnostiziert. Die Schweizer Sektion von „Pink

Ribbon“ führte am 4. September im Letzigrundstadion, Zürich, den jährlichen „Pink Ribbon Charity Walk“ mit rund 1.500 Teilnehmern als Sensibilisierungskampagne 2011 zur Früherkennung von Brustkrebs durch.

In Deutschland werde laut der Deutschen Krebshilfe jährlich bei 59.000 Frauen Brustkrebs diagnostiziert. In Berlin soll am 18. Oktober im Rahmen der diesjährigen deutschlandweiten „Pink Ribbon Kampagne“ aus vielen einzelnen Bändern die größte pinkfarbene Schleife gebunden werden.

Das Brustkrebs-Sensibilisierungsvideo wurde zum Oktober, dem jährlichen Brustkrebsmonat in den USA, produziert. Es kann unter der Internetadresse www.youtu-be.com/AdventistMidwest angeschaut werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kenia unterzeichnet als erstes Land neue Charta gegen Hunger

Berlin, 04.10.2011/APD Der Ministerpräsident von Kenia, Raila Odinga, ist der erste Staatsmann, der am 1. Oktober in New York anlässlich der Vorstellung der „Charta zur Beendigung extremen Hungers“ vor der UN-Generalversammlung das neue Dokument unterzeichnete. Mit der Charta sollten tödliche Hungerkrisen künftig der Vergangenheit angehören, teilten die entwicklungspolitischen Organisationen Oxfam und ONE mit.

„Die Politik weiß, was zu tun ist, um dieses Ausmaß an Leid zu verhindern“, betonte der Regionaldirektor für Ost- und Zentralafrika der Hilfsorganisation Oxfam, Fran Equiza. „Jetzt müssen sie liefern. Die Charta bietet machbare Lösungen gegen extremen Hunger. Wir bitten die Regierungen, jetzt für die Menschen zu handeln, die in Ostafrika leiden.“

Die Charta, die von einer Gruppe entwicklungspolitischer und zivilgesellschaftlicher Organisationen entwickelt wurde, beschreibe fünf Maßnahmen, die von Regierungen reicher und armer Staaten ergriffen werden sollten, um das Verhungern von Menschen als Folge von Dürre, hohen Nahrungsmittelpreisen oder Konflikten zu beenden.

Die Vereinten Nationen schätzen, dass derzeit 750.000 Menschen in Somalia vom Tod bedroht seien, weil sie nicht genug zu essen hätten. Hilfsorganisationen und Regierungen bemühten sich darum, die dringend benötigte Hilfe bereitzustellen. Es herrsche aber Konsens, dass die derzeitige Krise vermeidbar gewesen, wenn rechtzeitig gehandelt worden wäre.

Die Organisationen, darunter „Save the Children“, Oxfam, Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA International, ONE und World Vision forderten Maßnahmen in fünf Bereichen:

– *Frühes Handeln.* Die gegenwärtige Krise in Ostafrika sei Monate vorher vorausgesagt worden. Doch die Warnungen wären weitgehend unbeachtet geblieben. Regierungen müssten sicherstellen, dass frühe Warnungen auch zu frühem Handeln führten.

– *Unterstützung örtlicher Nahrungsmittelproduktion.* Die Unterstützung von Kleinbauern sei der beste Schutz gegen Hungerkrisen und könne zugleich eine Maßnahme gegen die Folgen des Klimawandels und hohe Lebensmittelpreise sein.

– *Lebensmittel bezahlbar machen.* Steigende Lebensmittel- und Ölpreise hätten die gegenwärtige Krise verkompliziert und

Tausende in eine Situation gebracht, in der sie selbst Grundnahrungsmittel nicht bezahlen könnten. Regierungen müssten Nahrungsmittel-Notreserven anlegen und Exportstopps für Lebensmittel verfügen, um Ausschläge in der Preisentwicklung zu dämpfen.

– *Die Ärmsten und Schwächsten schützen.* Millionen von Menschen in aller Welt lebten am Rande des Existenzminimums. Regierungen sollten soziale Sicherheitsnetze aufbauen und angemessen investieren, damit die ärmsten Bevölkerungsschichten den gleichen Zugang zu Schutz und sozialen Diensten hätten, wie die reichen.

– *Konflikte zurückdrängen.* Gewalt sei eine der Hauptursachen für massenhaftes Verhungern. Regierungen müssten sich dazu verpflichten, humanitäre Hilfe in den Konfliktregionen zuzulassen und außerdem entschiedene diplomatische Initiativen zu ergreifen, um bestehende Konflikte zu beenden.

Die Charta wurde mitentwickelt und unterstützt von ActionAid, ADRA International, Merlin, Oxfam, Islamic Aid, Christian Aid, The Eastern Africa Civil Society Forum, CAFOD, Tearfund, International Medical Corps, Channel 16, Eastern & Southern Africa Farmers' Forum, International Rescue Committee, Muslim Aid, The Legal Resources Foundation, ONE, Plan International, „Save the Children“, West African Civil Society Forum, World Vision.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

Kopftuchzwang an ägyptischer Schule auch für Christinnen

Beni Mazar/Ägypten, Frankfurt am Main, 03.10.2011/APD In der oberägyptischen Stadt Beni Mazar eskaliert ein Streit über den Kopftuchzwang für alle Schülerinnen, auch für christliche Mädchen, wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) berichtete. Sie sieht in dem Vorfall einen Präzedenzfall und ein Zeichen dafür, dass islamische Fundamentalisten versuchten, die Freiheiten nach der Revolution dafür zu nutzen, die ägyptische Gesellschaft noch stärker zu islamisieren.

Begonnen habe der Streit mit einer Anordnung durch die Leitung der Shaikh Fadl-Schule, einer staatlichen weiterführenden Schule in der rund 60.000 Einwohner zählenden Stadt Beni Mazar in der oberägyptischen Provinz el-Minya. Alle, auch die christlichen Schülerinnen, seien verpflichtet, ihr Haar mit einem Kopftuch zu bedecken, teilte IGFM mit, ansonsten dürften sie die Schule nicht mehr betreten. Alle Schülerinnen seien der Aufforderung gefolgt, bis auf die 14-jährige Koptin Ferial Sorial Habib. Sie wäre daraufhin acht Tage in Folge daran gehindert worden, in die Schule zu gelangen.

Laut IGFM suchte Habibs Vater schließlich am 17. September die Schule persönlich auf, um sich über die Suspendierung seiner Tochter zu beschweren. Umgehend habe ihn die Schulleitung wegen Beleidigung und Verleumdung bei der Polizei angezeigt, worauf der Vater eine Klage bei der Staatsanwaltschaft und dem Bildungsministerium eingereicht habe.

Nach Aussage von Habibs Anwalt, Wadgy Halfa, agiere die Schule außerhalb ihrer gesetzlichen Kompetenzen. Es gäbe es kein Gesetz, das Schülerinnen vorschreibe, beim Betreten der Schule ein Kopftuch zu tragen. Die Schulen hätten lediglich die Befugnis, die Farbe der Schuluniform zu bestimmen.

Am 25. September sagte der Anwalt Wadgy Halfa gegenüber einem koptischen Fernsehsender, dass die Schule bereit sei, Habib wieder zum Unterricht zuzulassen, wenn es zu einer „gütlichen Einigung“ käme. Die Familie habe abgelehnt. Das Problem sei nicht „einvernehmlich“ zu lösen, da die Forderung der Schule ein Verstoß gegen die Religionsfreiheit und ein offensichtlicher Versuch sei, das Bildungssystem zu islamisieren.

Der Direktor des Ägyptischen Zentrums für Entwicklung und Menschenrechte, Said Abdelmaseeh, reichte am 27. September eine Beschwerde sowohl beim ägyptischen Premierminister als auch beim Bildungsminister ein. Der Staat müsse mit rechtlichen Schritten gegen das Vorgehen der Schule einschreiten und alle Schulen Ägyptens darauf hinweisen, dass das Tragen eines Kopftuches optional und nicht verpflichtend sei.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!

"Der Dialog ist ein Abenteuer, aber es gibt keine Alternative"

Lutheraner und Mennoniten erinnern in Wittenberg an Versöhnung

Lutherstadt Wittenberg, 02.10.2011/APD Mit dem Symposium „Heilung der Erinnerungen – Versöhnung in Christus“ in der Lutherstadt Wittenberg gedachten am 1. Oktober die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche Deutschlands (VELKD) und die

Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG) an 15 Jahre eucharistische Gastfreundschaft beider Konfessionen sowie an die Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes im Juli letzten Jahres in Stuttgart. Nach intensiven Lehrgesprächen hatten die VELKD und die AMG 1996 die gemeinsame Feier des Abendmahls vereinbart. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) schloss sich der Vereinbarung an.

Mit theologischen Argumenten Luthers und Melanchthons, unter anderem gegen die Gläubigentaufe, wurde im 16. Jahrhundert die brutale Verfolgung der Täufer, der geistlichen Vorfahren der heutigen Mennoniten, welche die Kindertaufe ablehnten, gerechtfertigt. Obwohl das Augsburger Bekenntnis der Lutheraner von 1530, das die Täufer auch wegen ihrer Ablehnung von Gewalt und Krieg verdammt, immer noch eine gültige Bekenntnisschrift ist, erklärte die VELKD 1992, dass die Verwerfung der Friedenskirche im Augsburger Bekenntnis die Mennoniten heute nicht in demselben Maße treffe wie die Täufer der Reformationszeit. Sie schlug daher die eucharistische Gastfreundschaft zwischen beiden Konfessionen vor. Als Zeichen der Versöhnung fanden 1996 zwei Abendmahlsgottesdienste in Hamburg und Regensburg, je nach einer lutherischen und mennonitischen Ordnung, statt, zu denen gegenseitig eingeladen wurde.

Auch auf Weltebene kam es zu einem Dialog zwischen dem Lutherischen Weltbund (LWB) und der Mennonitischen Weltkonferenz (MWC). Während der Vollversammlung des LWB 2010 in Stuttgart baten die lutherischen Kirchen ebenfalls „um Vergebung für das Leiden, das unsere Vorfahren im 16. Jahrhundert den Täufern zugefügt haben“. Die Mennoniten antworteten: „Wir glauben, dass Gott Ihr Bekenntnis erhört und Ihrer Bitte um Vergebung entsprochen hat. Wir schließen uns Gott freudig und demütig an, Ihnen zu vergeben.“ Zur eucharistischen Gastfreundschaft kam es allerdings zwischen den 145 Mitgliedskirchen des LWB und den 99 Mitgliedskirchen

des MWC in Stuttgart nicht.

Beim Symposium in Wittenberg sprachen der mennonitische Pastor Rainer Burkart (Enkenbach/Pfalz) und Oberkirchenrat Michael Martin von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern, welche beide an den Lehrgesprächen beteiligt waren, in sehr persönlicher Weise über „Blicke verändern sich und Beziehungen werden neu. – Vom Abenteuer eines Dialogs“. Beide Theologen lernten sich während der gemeinsamen Studienzeit an der Augustana-Hochschule Neuendettelsau der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern kennen. Burkart habe schon Bedenken gehabt als „unbekannter Mennonit“ an einer evangelischen Hochschule Theologie zu studieren. Dabei sei es um die Angst vor dem Verlust der eigenen konfessionellen Identität gegangen. Doch er habe das Gegenteil erlebt und in der Begegnung mit Michael Martin und anderen Lutheranern seine Identität als Mennonit neu gefunden. Auch bei Martin habe sich der konfessionelle Horizont durch die Begegnung mit Burkart erweitert. Er arbeitete später vier Jahre lang als lutherischer Aushilfspfarrer bei einer Mennonitengemeinde in München und lernte dadurch auch das weltweite Täuferum kennen. Beide kamen zu der Schlussfolgerung, dass der Dialog mit anderen Konfessionen zwar ein Abenteuer sei, zu dem es aber keine Alternative gebe.

Vor dem Symposium gab es Baumpflanzungen im Luthergarten Wittenberg. Dort sollen bis zum 500-jährigen Jubiläum der Reformation im Jahr 2017 insgesamt 500 Bäume von Kirchen aus aller Welt und unterschiedlicher Konfessionen gepflanzt werden. Pfarrer Dr. Larry Miller, Generalsekretär der Mennonitischen Weltkonferenz (MWC) wies darauf hin, dass zur Zeit der Reformation, aus der auch die Täufer hervorgegangen seien, nur wenige Christen außerhalb Europas gelebt hätten. Heute sei das Christentum weltweit verbreitet, wie auch die Bäume im Luthergarten zeigten. Der Generalsekretär pflanzte den Rotahorn der MWC direkt neben den Baum des Lutherischen Weltbundes, der seit 2009 dort steht. Außerdem pflanzten auch

der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden in Deutschland (AMG), Frieder Boller (Ingolstadt), eine Traubenkirche und als Zeichen internationaler Verbundenheit die Indonesische Christliche Gemeinde Hamburg einen Trompetenbaum.

In seinem Grußwort wies der Oberbürgermeister der Lutherstadt Wittenberg, Eckhard Naumann (SPD), darauf hin, dass es in der Stadt nur 25 Prozent Christen, „vielleicht auch nur 15 Prozent“, gäbe. Dennoch habe die Stadt das Gelände an den Wallanlagen mit Blick auf die Stadt- und Schlosskirche gern für den Luthergarten zur Verfügung gestellt. Naumann rief die Kirchen auf, ihre Vielfalt als Wert zu erkennen, aber trotzdem das Gemeinsame zu betonen.

Das Symposium schloss mit einem gemeinsamen Abendmahlgottesdienst nach mennonitischer Agende in der Stadtkirche Wittenberg. Die Predigt hielt der Leitende Bischof der VELKD, Landesbischof Dr. Johannes Friedrich (München). Die Liturgie übernahmen die stellvertretenden Vorsitzenden der AMG, Pfarrer Professor Dr. Fernando Enns (Hamburg) und Pastorin Doris Hege (Frankfurt/Main).

In Deutschland leben rund 40.000 mennonitische Christen, zu denen 5.700 in 54 Gemeinden zur AMG gehören. Weltweit gibt es etwa 1,6 Millionen Täufer in 80 Ländern. Der MWC umfasst davon über eine Million Gläubige.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!